



# Meinungsbilder 2014

Eine repräsentative Umfrage zur Einstellung gegenüber  
Zuwanderung in Hessen





**Hessisches Ministerium  
für Soziales und Integration**

# **Meinungsbilder 2014**

Eine repräsentative Umfrage zur Einstellung gegenüber  
Zuwanderung in Hessen

# Vorwort

## des Staatssekretärs und Bevollmächtigten für Integration und Antidiskriminierung Jo Dreiseitel

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Hessen ist bei Migrantinnen und Migranten beliebter denn je. 2013 gab es erstmals seit 20 Jahren mehr als 100.000 ausländische Zuzüge in unser Bundesland. Ein Blick auf die demographische Lage macht deutlich: Hessen braucht Zuwanderung! Denn ohne ausländische Zuwandererinnen und Zuwanderer wäre die hessische Bevölkerung in den letzten Jahren geschrumpft. Seit Jahren gibt es mehr Sterbefälle als Geburten. Außerdem können gut ausgebildete Migrantinnen und Migranten helfen, den aufkommenden Fachkräfteengpass zu bewältigen.



Der Hessischen Landesregierung ist es ein Anliegen, Zuwanderungs- und Integrationspolitik auch auf einer wissenschaftlich fundierten Grundlage zu entwickeln. Die quantitativen Aspekte von Migration beleuchtete bereits der Hessische Integrationsmonitor 2013 mit einem neuen Indikatorenset zur Zuwanderung. Doch zu einer erfolgreichen Integrationspolitik gehört auch eine aufnahmebereite Gesellschaft. Deshalb interessieren wir uns sehr für die Meinungen unserer Bürgerinnen und Bürger – ihre „Meinungsbilder“. Um mehr über die Einstellung der Bevölkerung zur Zuwanderung zu erfahren, haben wir eine repräsentative Befragung unter 1.000 Hessinnen und Hessen durchgeführt, deren Ergebnisse ich Ihnen mit der vorliegenden Studie präsentiere. Das insgesamt positive Meinungsbild der Bevölkerung zum Thema macht mich zuversichtlich, dass wir gemeinsam eine aktive Willkommens- und Anerkennungskultur leben und gestalten können.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre,

Ihr



Jo Dreiseitel,

Hessischer Staatssekretär und Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 ZENTRALE ERGEBNISSE</b> .....	<b>8</b>
<b>2 EINLEITUNG</b> .....	<b>10</b>
<b>3 UNTERSUCHUNGSDESIGN</b> .....	<b>13</b>
3.1 Konstruktion des Fragebogens .....	14
3.2 Stichprobe .....	15
3.3 Datenerhebung und Auswertung .....	15
<b>4 SOZIALSTATISTISCHE MERKMALE DER BEFRAGTEN</b> .....	<b>16</b>
4.1 Überblick .....	17
4.2 Personen mit Migrationshintergrund und -erfahrung .....	19
<b>5 BEFRAGUNGSERGEBNISSE: EINSCHÄTZUNGEN UND MEINUNGEN DER HESSISCHEN BEVÖLKERUNG</b> .....	<b>21</b>
5.1 Deutschland als Einwanderungsland .....	22
5.2 Mögliche Folgen von Zuwanderung .....	23
5.3 Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland .....	26
5.4 Vermutete Zuwanderungsgründe .....	28
5.5 Zuwanderungsregelungen und -kriterien .....	30
5.6 Nachweis deutscher Sprachkenntnisse als Zuwanderungsvoraussetzung .....	35
5.7 Integrationsbemühungen der hessischen Aufnahmegesellschaft .....	36
5.8 Integrationsbemühungen der Zugewanderten .....	39
5.9 Interkulturelle Öffnung .....	43
5.10 Migrationshintergrund im Freundes- und Verwandtenkreis .....	45
5.11 Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland bzw. Herkunftsland .....	47
<b>6 LITERATUR UND ANHANG</b> .....	<b>50</b>
Literatur .....	51
Anhang: Fragebogen .....	54
Impressum .....	56

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Soziodemographische Struktur der Befragten im Hinblick auf Migrationshintergrund, Alter und Bildungsabschluss .....	19
Abbildung 2: Deutschland als Einwanderungsland - Einschätzung nach Migrationshintergrund (MH) .....	22
Abbildung 3: Folgen von Zuwanderung (Mehrfachnennungen möglich) – Einschätzung nach Migrationshintergrund.....	24
Abbildung 4: Folgen von Zuwanderung (Mehrfachnennungen möglich) – Einschätzung nach Bildungsabschluss.....	25
Abbildung 5: Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland – Einschätzungen 2014 und 2011 im Vergleich.....	26
Abbildung 6: Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland - Einschätzung nach Bildungsabschluss.....	27
Abbildung 7: Wichtigste Gründe der Zuwanderung nach Hessen – Einschätzung nach Migrationshintergrund.....	29
Abbildung 8: Wichtigste Gründe der Zuwanderung nach Hessen – Einschätzung nach Bildungsabschluss.....	30
Abbildung 9: Verschiedene Zuwanderungsregelungen – Einschätzung nach Migrationshintergrund 2014.....	31
Abbildung 10: Verschiedenen Zuwanderungsregelungen – Einschätzung nach Migrationshintergrund 2011 .....	32
Abbildung 11: Kriterien der Zuwanderungssteuerung (Mehrfachnennungen möglich) – Priorisierung nach Migrationshintergrund .....	34
Abbildung 12: Verpflichtung von Zuwanderern zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise – Einschätzung nach Migrationshintergrund .....	36
Abbildung 13: Bemühungen der hessischen Gesellschaft um die Integration von Zuwanderern – Einschätzungen nach Migrationshintergrund 2014 und 2011 im Vergleich .	38
Abbildung 14: Erforderliche Integrationsbemühungen der hessischen Bevölkerung – Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich) .....	39
Abbildung 15: Integrationsbemühungen von Zugewanderten – Einschätzungen nach Migrationshintergrund 2014 und 2011 im Vergleich.....	41
Abbildung 16: Erforderliche Integrationsbemühungen von Zuwanderern aus Sicht der hessischen Bevölkerung –Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich).....	42
Abbildung 17: Notwendigkeit einer Verstärkung der interkulturellen Öffnung in verschiedenen Arbeitsbereichen – Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich) .....	45

Abbildung 18: Freunde/Verwandte aus einem anderen Land – Angaben nach soziodemographischen Merkmalen .....	46
Abbildung 19: Verbundenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit dem Herkunftsland und Deutschland .....	48
Abbildung 20: Ausschließliche Verbundenheit mit Deutschland von Personen mit Migrationshintergrund - Angaben nach Altersgruppen .....	48
Abbildung 21: Verbundenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit dem Herkunftsland und Deutschland – 2011 und 2014 im Vergleich.....	49

%

172.623

# 1 ZENTRALE ERGEBNISSE



Die vorliegende Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung der Deutsch sprechenden volljährigen hessischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund<sup>1</sup>. Sie liefert folgende wichtige Ergebnisse:

- Die überwiegende Mehrheit (94%) der hessischen Bevölkerung bezeichnet Deutschland als Einwanderungsland, jeder Zweite stimmt sogar der Aussage zu, „Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland“. Weitere 44% bejahen die Aussage „Deutschland ist seit einigen Jahren ein Einwanderungsland“.
- Migration ist mehrheitlich positiv konnotiert: Drei Viertel sagen, Zuwanderung bereichere das gesellschaftliche Zusammenleben, und 70% halten Zuwanderung für wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Andererseits sind 70% der Ansicht, Zuwanderung führe zu gesellschaftlichen Konflikten. 39% befürchten, dass Zuwanderer den Arbeitsmarkt belasten.
- Weit über die Hälfte (57%) stimmen der Aussage zu, Deutschland – und auch Hessen – brauche mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland. Dies sind 17 Prozentpunkte mehr als 2011. Akademiker teilen diese Ansicht noch häufiger (2014: 72%).
- Hinsichtlich der Frage, welche Kriterien bei einer Steuerung der Zuwanderung eine Rolle spielen sollten, erachtet die Bevölkerung vor allem deutsche Sprachkenntnisse (88% Zustimmung), berufliche Qualifikationen (81%) und politische Verfolgung (74%) als zentral. Weniger ins Gewicht fallen Alter (41%) und Herkunftsland (30%).
- Drei Viertel der Befragten meinen, Zuwanderer sollten verpflichtet sein, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen; unter den Personen mit Migrationshintergrund teilen sogar 80% diese Meinung.
- 57% der Bevölkerung glauben, die hessische Gesellschaft tue genug dafür, um Zuwanderer erfolgreich zu integrieren. Befragte, die selbst zugewandert sind, bejahen dies sogar zu 74% – dies sind 11 Prozentpunkte mehr als 2011.
- Weniger Zustimmung findet die Frage, ob die Zuwanderer selbst genug tun, um sich erfolgreich zu integrieren; dies bejahen nur 34%. Dieser Anteil ist seit 2011 um 7 Prozentpunkte gewachsen.
- Freundschaften und familiäre Beziehungen zwischen Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft und der zugewanderten Bevölkerung sind ein guter Indikator für „gelebte“ Integration. 76% der Befragten ohne Migrationshintergrund und sogar 87% der Befragten mit Migrationshintergrund haben Freunde oder Verwandte, die aus einem anderen Land stammen als sie selbst.

Insgesamt weist das Antwortverhalten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund weniger Unterschiede auf als aufgrund öffentlicher Debatten vermutet werden könnte. Differenzen in den Ansichten und Aussagen zeigen sich eher im Hinblick auf Bildungsniveau und Alter. An vielen Punkten wird die überragende Bedeutung des Erlernens der deutschen Sprache deutlich. Diese ist ein unverzichtbarer „Integrationsmotor“.

---

<sup>1</sup> Wegen der besseren Lesbarkeit wird im Folgenden häufig nur die männliche Form verwendet, auch wenn über Männer und Frauen berichtet wird. Diese Form steht selbstverständlich für beide Geschlechter.

%

172.623

## 2 EINLEITUNG



Die hessische Landesregierung begrüßt Zuwanderung, da sie Vielfalt für eine wichtige Resource in diesem international ausgerichteten Bundesland hält. Dabei bietet Vielfalt enorme Chancen und Potenziale, birgt aber auch viele Hausforderungen.<sup>2</sup>

Ein Blick auf die demographische Entwicklung macht deutlich: Hessen kann von Zuwanderung profitieren.<sup>3</sup> Denn ohne Zuzüge aus dem Ausland wäre die hessische Bevölkerung in den letzten Jahren geschrumpft, weil seit Jahren die Zahl der Geburten hinter der der Sterbefälle zurückbleibt. Außerdem sind Zuwanderer im Schnitt deutlich jünger als die Bevölkerung der Aufnahmegesellschaft. Die meisten Neuzuwanderer sind im erwerbsfähigen Alter und können dazu beitragen, den aufkommenden Fachkräfteengpass zu mildern.<sup>4</sup> Ihr Qualifikationsniveau ist im Durchschnitt höher als das früher Zugewanderter, wie der Hessische Integrationsmonitor 2013 zeigt: Von allen in den letzten fünf Jahren Zugewanderten haben 29% einen akademischen Abschluss; bei der hessischen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund sind es 18% (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a: 43).<sup>5</sup>

Hessen ist bei Zuwanderern beliebter denn je. 2013 wurden erstmals seit 1993 über 100.000 ausländische Zuzüge nach Hessen registriert. Nach anderthalb Jahrzehnten der Stagnation steigt die Zuwanderung in unser Land seit 2010 kontinuierlich an. Die Gründe sind vielfältiger Natur: die EU-Erweiterung, die neue Arbeitskraftmobilität möglich macht, die instabile Wirtschaftslage in Südeuropa sowie bewaffnete Konflikte in zahlreichen Krisengebieten.

Über 70% der Zuwanderer stammen aus anderen EU-Staaten, darunter insbesondere aus Polen, Rumänien<sup>6</sup>, Italien und Spanien. 2013 kamen rund 45% aller Zuzüge aus diesen Ländern (Hessisches Statistisches Landesamt 2014a).

Zur Bildung der hessischen Bevölkerung, ihrer Erwerbsbeteiligung und ihrer sozialen Lage liegen aussagekräftige amtliche Daten vor, wie der Hessische Integrationsmonitor zeigt (s. dazu Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a). Doch was denken die hier lebenden Menschen über Zuwanderung, wie ist ihr „Meinungsbild“? Welche Einstellung haben sie bezüglich verschiedener Zuwanderungskriterien und -regelungen? Wie schätzt die Bevölkerung die Integrationsbemühungen der Zuwanderer und der Aufnahmegesellschaft ein? Mithilfe einer repräsentativen Umfrage unter 1000 hessischen Bürgerinnen und Bürgern möchte die vorliegende Studie diese und weitere Fragen rund um Zuwanderung

---

<sup>2</sup> Für Daten, Fakten und Hintergründe zur aktuellen Zuwanderung sei stellvertretend verwiesen auf: Geis (2012), Seibert/Wapler (2012), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a, 2013b, 2014a), Bundesministerium des Innern/ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013), Brenke/Neubecker (2013), Brücker (2013), Ette et al. (2013), OECD (2013), Neubecker et al. (2014), Berenberg/HWWI (2014), Berlin-Institut (2014), Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013: 49ff. und 2014a: 45ff.) sowie die dort jeweils angegebene, weiterführende Literatur.

<sup>3</sup> Hintergrundinformationen finden sich in: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2007), Bundesregierung (2011).

<sup>4</sup> s. dazu z.B. Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011), Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung (2011), McKinsey Deutschland (2011), Fachkräftekommission Hessen (2012), Heidemann (2012), Brücker et al. (2013), Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung/Hessisches Sozialministerium (2013), Brücker et al. (2014: 6ff.), Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), Maier et al. (2014)

<sup>5</sup> s. dazu auch Seibert/Wapler (2012), Brenke/Neubecker (2013), Brücker et al. (2014: 11ff.), HessenAgentur (2014)

<sup>6</sup> s. dazu z.B. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b)

ausleuchten. Dabei interessiert gerade, ob und wie sich die Meinungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

Doch auch die zeitliche Entwicklung ist aufschlussreich, denn Einstellungen können einem Wandel unterliegen. Deshalb knüpft die Studie „Meinungsbilder 2014“ an die 2011 durchgeführte Befragung „Meinungsbilder – Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011“ an, wie im folgenden Kapitel erläutert wird.

%

172.623

### 3 UNTERSUCHUNGSDESIGN



Zu Meinungen und Einstellungen der Bevölkerung liegen naturgemäß keine amtlichen Statistiken vor. Deshalb gab das Hessische Ministerium für Soziales und Integration eine repräsentative Umfrage unter der hessischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund in Auftrag. Diese knüpft an andere Befragungen an: Im Jahr 2011 wurde die Studie „Meinungsbilder“ zum Themenkomplex Integration publiziert (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011) und im Jahr 2013 die Publikation „Wie hältst du`s mit der Religion?“ zum Thema Religion und Religiosität (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013b).

Der Fragebogen wurde in der Abteilung Integration entwickelt, die hessenweite telefonische Befragung führte das Meinungsforschungsinstitut IFAK durch.

### 3.1 Konstruktion des Fragebogens

Der verwendete Fragebogen, der im Anhang abgedruckt ist, umfasste folgende Themenblöcke:

1. Einschätzung Deutschlands als Einwanderungsland
2. Einschätzung der möglichen Folgen von Zuwanderung
3. Einschätzung der Zuwanderung ausländischer Fachkräfte
4. Einschätzung der Zuwanderungsmotive
5. Meinung zu unterschiedlichen Zuwanderungsregelungen und -kriterien
6. Meinung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise
7. Meinung zu den Integrationsbemühungen der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer
8. Meinung zur interkulturellen Öffnung
9. Migrationshintergrund im Freundes- und Verwandtenkreis
10. Migrationshintergrund in der Familie (als sozialstatistisches Merkmal)
11. Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland bzw. dem Herkunftsland

Für die Fragen waren Antwortkategorien vorgegeben; es handelte sich damit um sogenannte geschlossene Fragen.<sup>7</sup> Vier Fragen entstammten der 2011 durchgeführten oben genannten Studie „Meinungsbilder“, die Fragen zur interkulturellen Öffnung sowie zur Eigeninitiative von Zugewanderten sind an eine Befragung durch TNS Emnid (2012) im Auftrag der Bertels-

---

<sup>7</sup> Die Methodik der Studie ist rein quantitativ. Der Zeitaufwand für Interview und Auswertung ist dadurch gering, so dass die Daten schnell zur Verfügung stehen und die Kosten der Befragung in Grenzen gehalten werden. Daher lässt sich eine große Stichprobe realisieren. – Zur Diskussion um quantitative und qualitative Sozialforschung s. z.B. Diekmann (1997: 408), Bortz/Döring (2006: 296ff.), Kelle (2008: 52ff.), Lamnek (2010: 3ff.).

mann-Stiftung angelehnt.<sup>8</sup> Dadurch sind Entwicklungen im Zeitverlauf bzw. Parallelen mit oder Abweichungen zu anderen Befragungen erkennbar. Den letzten Block des Telefoninterviews bildeten standardisierte soziodemographische Fragen zu Geschlecht, Alter, Bildung, Berufstätigkeit, Wohnortgröße, Haushaltsgröße und -einkommen.

### 3.2 Stichprobe

Aus Zeit- und Kostengründen wählt man bei großangelegten Befragungen eine Stichprobe, von der mittels Hochrechnung auf die gesamte Bevölkerung – die Grundgesamtheit – geschlossen werden kann. Eine geschichtete Zufallsstichprobe<sup>9</sup> der hier gewählten Größenordnung von 1000 Personen gilt als repräsentativ für die hessische Bevölkerung. Das heißt, die Stichprobe bildet die Grundgesamtheit gut ab. Deswegen wird in diesem Bericht auch meist von „der Bevölkerung“, nicht von „den Befragten“ gesprochen.

Die Grundgesamtheit umfasste in dieser Studie die in Privathaushalten lebende Deutsch sprechende Bevölkerung im Bundesland Hessen im Alter von mindestens 18 Jahren mit Festnetzanschluss.

### 3.3 Datenerhebung und Auswertung

Um die Repräsentativität der Befragung zu gewährleisten, hat der Auftragnehmer gut 1000 Interviews geführt.

Die telefonischen Interviews wurden vom Meinungsforschungsinstitut IFAK computergestützt mit Hilfe des CATI-Systems („computerassistiertes Telefoninterview“) umgesetzt. Der Ablauf des Interviews mit Nummernwahl, Filtersetzung etc. wird dabei von einem Computer gesteuert. Ein wesentlicher Vorteil dieser Vorgehensweise ist die Automatisierung der Stichprobenziehung und die Standardisierung von Interviewsituation und -durchführung. Da der Interviewer die Daten während der Befragung direkt in den Computer eingibt, stehen sie schnell zur Verfügung.

Die Feldphase – d.h. der Zeitraum, in dem die Interviews stattfanden – lag im Februar 2014. IFAK übernahm die Durchführungskontrolle sowie anschließend die Prüfung und tabellarische Aufbereitung der Daten.

---

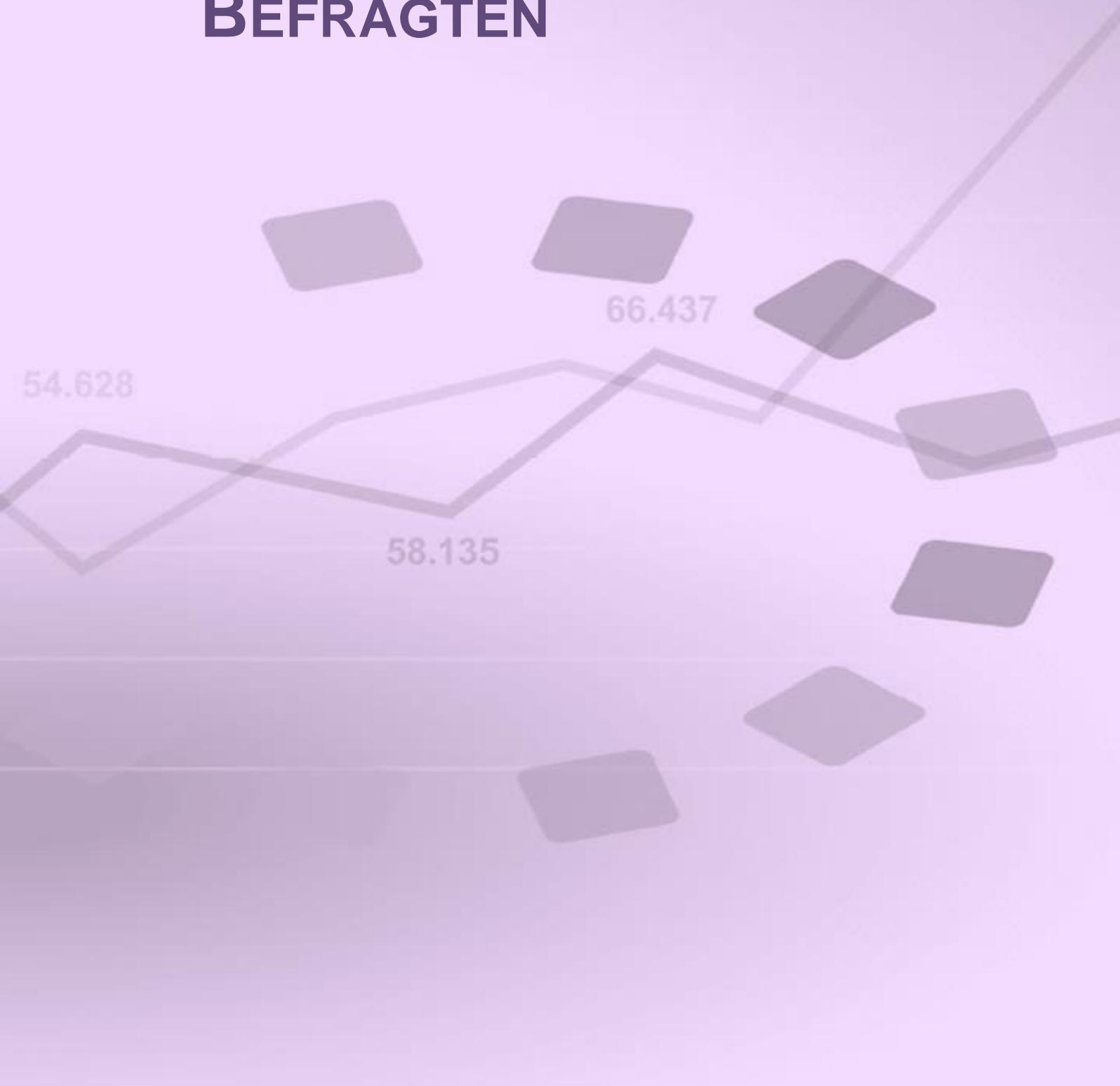
<sup>8</sup> Das Integrationsbarometer 2014, in dem auch die Frage des Wunsches „nach mehr Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten“ sowie Fragen zur interkulturellen Öffnung gestellt waren (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014), wurde erst nach unserer Feldphase publiziert und fand daher keinen Eingang in den Fragebogen des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration.

<sup>9</sup> Hierfür wird die Grundgesamtheit in Schichten zerlegt, in denen dann unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Bei der Hochrechnung der Stichprobe auf die Grundgesamtheit wurde nach demographischen Merkmalen (Alter, Geschlecht, Schulabschluss, Ortsgröße, Berufstätigkeit und Haushaltsgröße) gewichtet.

%

172.623

## 4 SOZIALSTATISTISCHE MERKMALE DER BEFRAGTEN



## 4.1 Überblick

„Objektive“ sozialstatistische Merkmale wie Geschlecht, Alter etc. ermöglichen es, Zusammenhänge zu „subjektiven“ Einstellungen und Meinungen herzustellen. Im Rahmen der Erhebung wurden als soziodemographische Merkmale Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Berufstätigkeit, Haushaltsgröße und -nettoeinkommen, die Größe des Wohnorts (in BIK Größenklassen kategorisiert, s. dazu folgende Seite) sowie der Migrationshintergrund erhoben.

### Geschlecht und Alter

Befragt wurden deutschsprachige Personen mit Festnetzanschluss in Hessen ab 18 Jahren. Von den insgesamt 1000 Personen, die an der Befragung teilnahmen, waren 51% weiblich und 49% männlich.

Die Befragten haben folgende Altersstruktur: 17% waren 18 bis einschließlich 29 Jahre alt, 15% zwischen 30 und 39 Jahre alt, 21% waren der Altersklasse zwischen 40 und 49 zuzurechnen, 17% hatten ein Alter zwischen 50 und 59 Jahren und 13% zwischen 60 und 69. Etwa 18% waren 70 Jahre und älter. Die Altersverteilung entspricht jener in der hessischen Bevölkerungsstatistik.

### Allgemeiner Bildungsabschluss

Die Frage zum Bildungsabschluss ergab, dass 39% der Befragten einen Volks- oder Hauptschulabschluss besitzen, 28% haben die Mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss, 12% verfügen über die Fachhochschulreife oder das Abitur, ohne ein Studium abgeschlossen zu haben. Jeder Fünfte hat ein Studium absolviert. 1% der Befragten war zum Untersuchungszeitpunkt noch in schulischer Ausbildung. Zwei Befragte hatten keinen Bildungsabschluss. Das Bildungsniveau der Befragten ist damit im Schnitt etwas höher als in der Gesamtbevölkerung, ein bekanntes Phänomen aus der Umfrageforschung (sog. Bildungs-Bias).

### Berufstätigkeit

45% der Befragten arbeiten in Vollzeit, 15% in Teilzeit. 40% sind nicht berufstätig. Dabei lassen sich deutliche Unterschiede nach Geschlecht beobachten: Während 62% der Männer Vollzeit- und nur 6% Teilzeit arbeiten, stehen 30% der Frauen in einem Vollzeit- und 24% in einem Teilzeitarbeitsverhältnis. Nicht berufstätig sind 32% der Männer und 47%<sup>10</sup> der Frauen.

---

<sup>10</sup> Rundungsbedingt können sich in Einzelfällen Prozente auf über 100% aufaddieren.

## Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommen

Die durchschnittliche Haushaltsgröße in Hessen beträgt 2,1 Personen (Hessisches Statistisches Landesamt 2014b). In der telefonischen Befragung spiegelt sich dies wieder, da die meisten Untersuchungsteilnehmer (37%) in Zwei-Personen-Haushalten leben. 21% wohnen in Single-Haushalten, 19% in Drei-Personen-Haushalten und 23% in Haushalten mit vier oder mehr Personen.

Über den geeigneten Maßstab zur Ermittlung der verfügbaren finanziellen Mittel herrscht in der Literatur keine Einigkeit. Häufig wird das sog. Haushalts(netto-)einkommen herangezogen, weil das „Einzahlen“ der (Netto-)Gehälter in eine gemeinsame Kasse und die gemeinschaftliche Verwaltung des Geldes es mit sich bringen, dass der Befragte über einen von seinem persönlichen Einkommen abweichenden Betrag verfügen kann.<sup>11</sup>

Die Verweigerungsquote ist bei einer Frage nach dem Einkommen in der Regel relativ hoch und beträgt bei dieser telefonischen Befragung 23%. 7% derjenigen, die die Frage beantwortet haben, verfügen über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von unter 1000 EUR, in die nächsthöhere Einkommensklasse (1000 bis 1999 EUR) fallen 20%, in die Einkommensklasse zwischen 2000 und 2999 EUR 22%. 14% stehen monatlich zwischen 3000 und 3999 EUR zur Verfügung, 5% zwischen 4000 und 4999 EUR und 7% mehr als 5000 EUR.

Auf die beiden letztgenannten Merkmale – Haushaltsgröße und Nettoeinkommen – wird in der vorliegenden Studie allenfalls am Rande eingegangen, da sie für das Erkenntnisinteresse von untergeordneter Bedeutung sind.

## Ortsgröße

Das Meinungsforschungsinstitut IFAK verwendete bei der Befragung das raumstrukturelle Klassifizierungssystem der BIK-Regionsgrößenklassen (BIK Aschpurwis + Behrens 2001; BIK Aschpurwis + Behrens o.J.), das häufig in der Konsumforschung Verwendung findet. Die BIK-Regionsgrößenklassen resultieren nicht aus der Größe der jeweiligen Kommune; „eine Gemeinde einer BIK-Region erhält die Größenklasse, die sich aus der Summe der Bevölkerung aller Gemeinden des Raumes ergibt, in den die Gemeinde funktional eingebunden ist“ (Wittwer 2008: 18). 17% der Untersuchungsteilnehmer stammen demnach aus Ortschaften/Räumen mit weniger als 20.000 Einwohnern, 10% aus Regionen mit 20.000 bis 100.000 Einwohnern, 35% sind der nächsten Größenklasse (bis 500.000 Einwohner) zuzurechnen und 38% leben in Räumen mit 500.000 Einwohnern oder mehr.<sup>12</sup>

---

<sup>11</sup> Dadurch, dass möglicherweise unterschiedliche Geldströme von den Untersuchungsteilnehmern zum Haushaltseinkommen gerechnet werden (z.B. auch Mieteinnahmen oder Zinseinkünfte), können sich Verzerrungen ergeben.

<sup>12</sup> Eine Grafik zur Erläuterung findet sich unter [http://www.bik-gmbh.de/texte/Karte\\_BIKRegionstypen802.pdf](http://www.bik-gmbh.de/texte/Karte_BIKRegionstypen802.pdf).

## 4.2 Personen mit Migrationshintergrund und -erfahrung

Nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2008: 6).

Da sich das so definierte Merkmal in einem telefonischen Interview nur sehr schwer abfragen lässt, wurde die Frage nach dem Migrationshintergrund wie folgt abgewandelt: „Sind Sie selbst nach Deutschland zugewandert oder mindestens einer Ihrer Elternteile?“ (Frage 14) Die Antwortvorgaben „ja, ich selbst“, „ja, mein Vater und/oder meine Mutter“, „nein – weder noch“ ermöglichen zusätzlich die Ausweisung eigener Migrationserfahrung, so dass die erste, d.h. selbst zugewanderte Generation und die zweite, in Deutschland geborene, unterschieden werden können.

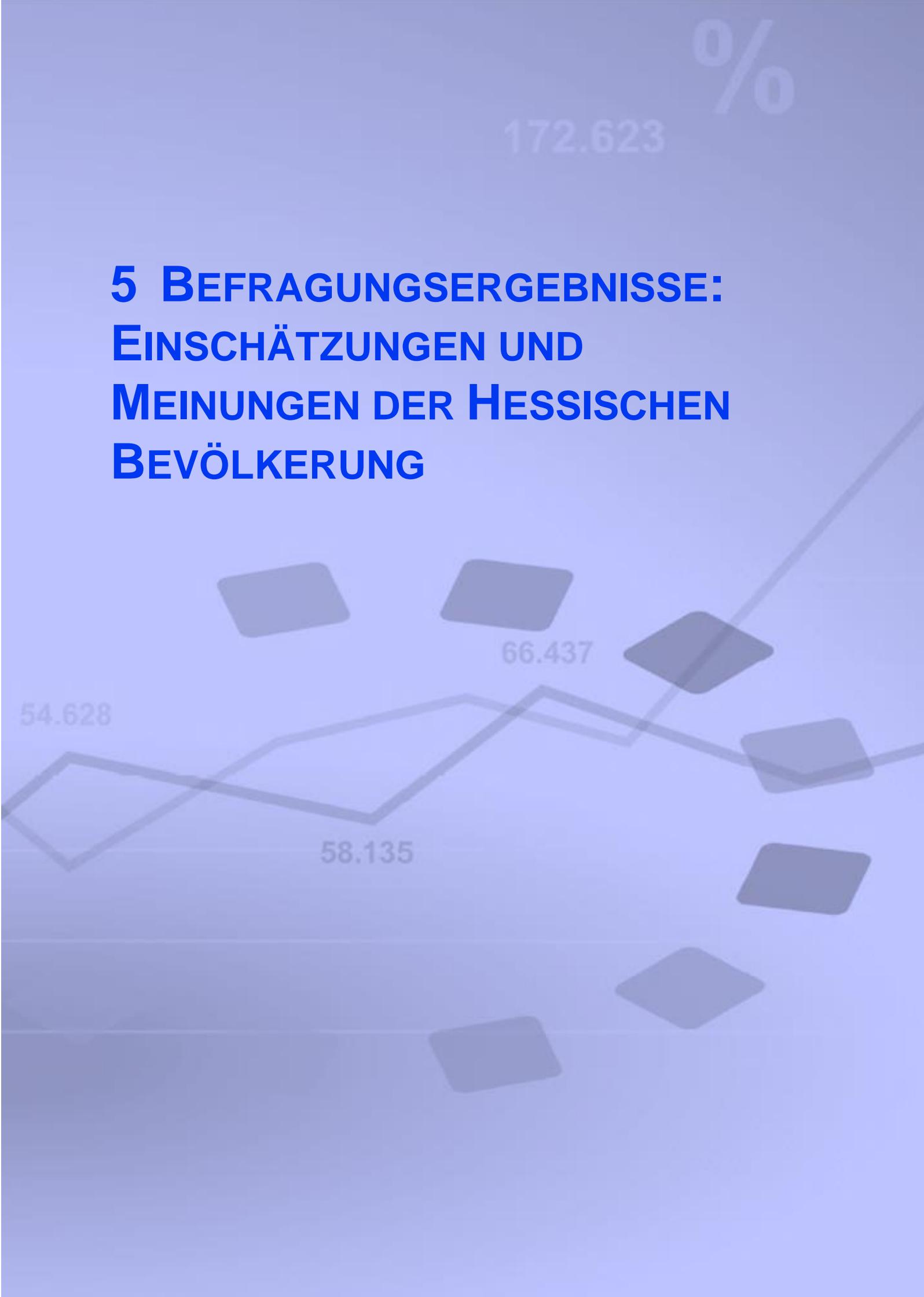
<b>Altersklasse</b>	<b>mit Migrationshintergrund</b>	Darunter: selbst zugewandert	<b>ohne Migrationshintergrund</b>
bis 29 Jahre	27 %	20 %	13 %
30 bis 39 Jahre	20 %	20 %	13 %
40 bis 49 Jahre	21 %	26 %	20 %
50 bis 59 Jahre	14 %	15 %	18 %
60 bis 69 Jahre	7 %	7 %	16 %
70 Jahre und älter	11 %	12 %	20 %
<b>Höchster Bildungsabschluss</b>			
Volks-/Hauptschule	42 %	44 %	37 %
Realschule/mittlere Reife	29 %	26 %	27 %
Fachhochschulreife/Abitur	10 %	10 %	12 %
Studium	17 %	20 %	22 %

Abbildung 1: Soziodemographische Struktur der Befragten im Hinblick auf Migrationshintergrund, Alter und Bildungsabschluss

28% der Untersuchungsteilnehmer haben nach dieser Definition einen Migrationshintergrund. Die Stichprobe der telefonischen Befragung weist somit einen etwas höheren Anteil von Personen mit Migrationshintergrund für diese Altersgruppe aus als der Mikrozensus (23%; 2012). Gleichzeitig wird deutlich, dass die zweite Generation etwas überrepräsentiert ist. 15% (aller Befragten) sind selbst zugewandert, also verfügt etwas mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund über eigene Migrationserfahrung.

Alters- und Bildungsstruktur dieser Gruppe weichen etwas von den Strukturen der Gruppe ohne Migrationshintergrund ab, was sich auch in den Daten anderer Erhebungen widerspiegelt: Die Befragten mit Migrationshintergrund sind im Schnitt jünger als die ohne Migrationshintergrund und haben tendenziell etwas geringere Bildungsabschlüsse, wie die folgende Tabelle (Abbildung 1) detailliert zeigt. Gleichzeitig leben Personen mit Migrationshintergrund in etwas größeren Haushalten.

# 5 BEFRAGUNGSERGEBNISSE: EINSCHÄTZUNGEN UND MEINUNGEN DER HESSISCHEN BEVÖLKERUNG



## 5.1 Deutschland als Einwanderungsland

Die OECD benennt Deutschland im Jahr 2014 als „zweitbeliebtestes Einwanderungsland“ nach den Vereinigten Staaten. 2013 verzeichnete Deutschland die höchsten Zuwanderungszahlen seit 20 Jahren, die zu einem Wanderungsüberschuss von rund 460.000 Ausländerinnen und Ausländern führten (Statistisches Bundesamt 2014).<sup>13</sup> Trotzdem ist die Diskussion, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, noch nicht abgeschlossen. Daher sollte zu Beginn der Befragung in Erfahrung gebracht werden, wie sich die Allgemeinheit in Hessen zu dieser Frage positioniert.

Das Ergebnis ist eindeutig. Fast alle befragten Personen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, halten die Bezeichnung Deutschlands als „Einwanderungsland“ für zutreffend. Die Hälfte der hessischen Bevölkerung ist der Meinung, dass Deutschland „schon immer“ ein Einwanderungsland war. Unter den selbst Zugewanderten sind es 54%, unter denen, deren Eltern zugewandert sind, 44%. Weitere 44% der Befragten mit und 40% der Befragten ohne Migrationshintergrund meinen, dass Deutschland „seit einigen Jahren“ als Einwanderungsland bezeichnet werden könne. Lediglich 6% der Personen mit und 10% der Personen ohne Migrationshintergrund sagen, Deutschland sei „kein Einwanderungsland“ (vgl. Abbildung 2).

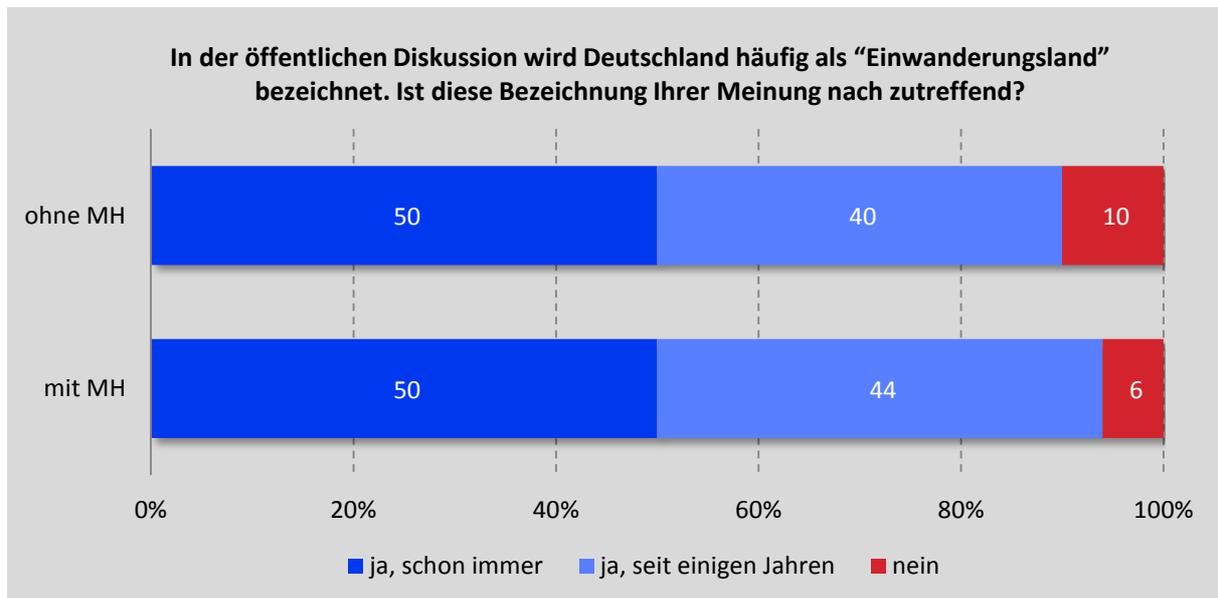


Abbildung 2: Deutschland als Einwanderungsland - Einschätzung nach Migrationshintergrund (MH)

Zwischen den verschiedenen Altersklassen zeigen sich interessante Unterschiede. Gerade die unter 30jährigen (zu 55%) und die über 60jährigen (zu 51%) betonen, dass Deutschland erst in den letzten Jahren zu einem Einwanderungsland geworden sei. In diesen beiden

<sup>13</sup> Dabei ist anzumerken, dass auch die Abwanderung keineswegs niedrig ist (s. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013: 32). Die IAB-SOEP-Stichprobe zeigt aber für das gesamte Bundesgebiet hohe Bleibeabsichten der Zugewanderten, allerdings sind die Hochqualifizierten dazu am wenigsten entschlossen. (Brücker et al. 2014: 10f.)

Gruppen liegt der Anteil derer, die Deutschland nicht für ein Einwanderungsland halten, mit 12% resp. 11% deutlich höher als bei den anderen Altersgruppen (jeweils um die 6%).

Die Meinungen differieren auch nach der Erwerbstätigkeit: Beschäftigte vertreten klarer als Nichtberufstätige die Auffassung, dass Deutschland „schon immer“ ein Einwanderungsland gewesen sei (56% gegenüber 41%). Dagegen halten 12% der Nichtbeschäftigten Deutschland nicht für ein Einwanderungsland, aber nur 7% der Beschäftigten. 38% der Beschäftigten und 47% der Nichtbeschäftigten finden es zutreffend, Deutschland „seit einigen Jahren“ als Zuwanderungsland zu bezeichnen.

## 5.2 Mögliche Folgen von Zuwanderung

Die zweite Frage ging der Einschätzung der Folgen von Zuwanderung durch die Bevölkerung nach. Im Anschluss an den Fragetext „Wir haben einige Aussagen zu den möglichen Folgen von Zuwanderung zusammengetragen. Wie ist Ihre Meinung dazu: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht?“ nannten die Interviewer verschiedene Aspekte, welche die Befragten bejahen oder verneinen sollten. Um Reihenfolgeeffekte auszuschließen wurden die Items randomisiert, d.h. die Reihenfolge der vorgelesenen Antwortoptionen war bei jedem Interview zufällig durch den Computer bestimmt.

Abbildung 3 zeigt eine deutliche Gewichtung der Antworten. Zugleich lassen sich geringe Unterschiede zwischen den Antworten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund beobachten. Beide Gruppen stellen den Aspekt, dass Zuwanderung das gesellschaftliche Zusammenleben bereichere, oben an. 75% der Hessen ohne Migrationshintergrund und 82% derer mit Migrationshintergrund stimmen dieser Aussage zu. Gleichzeitig wird anerkannt, dass Zuwanderung wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist: 68% der Befragten ohne und 74% der Personen mit Migrationshintergrund vertreten diese Auffassung.

Andererseits sieht die Bevölkerung die Problematik, dass durch Zuwanderung Konflikte innerhalb der Gesellschaft entstehen können. Diese Auffassung vertreten 74% der Befragten ohne und 60% der Befragten mit Migrationshintergrund. Ein Großteil der Untersuchungsteilnehmer beider Gruppen glaubt, dass Zuwanderung die Staatskasse belastet (jeweils 62%).<sup>14</sup> Jeweils gut die Hälfte ist der Meinung, Zuwanderung bremse die Überalterung der Gesellschaft (53% der Befragten ohne und 52% der Befragten mit Migrationshintergrund).<sup>15</sup>

---

<sup>14</sup> Demgegenüber gehen ökonomische Studien häufig davon aus, dass die Migranten einen positiven Finanzierungsbeitrag zu den öffentlichen Haushalten leisten (z.B. Brücker 2013: 28ff.; Geis/Kemeny 2014; zuletzt Bonin 2014).

<sup>15</sup> Es wird häufig davon ausgegangen, dass zugewanderte Frauen – die seltener erwerbstätig werden – bei der Geburt des ersten Kindes jünger sind (dazu Helfferich/Klindworth 2010) und insgesamt mehr Kinder haben. Die Daten für Hessen zeigen, dass nichtdeutsche Frauen im gebärfähigen Alter im Durchschnitt tatsächlich mehr Kinder zur Welt bringen als deutsche Frauen (1,80 vs. 1,31; Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a: 99). Allerdings wird auch deutlich, dass die durchschnittliche Zahl der Geburten bei ausländischen Frauen leicht zurückgeht. Dieser Trend ist seit 1997 bundesweit zu beobachten (Statistisches Bundesamt 2012: 21). Insgesamt ist von einer Annäherung des Fertilitätsverhaltens der Ausländerinnen an das der deutschen Frauen auszugehen: Dies bezieht sich zum einen auf die durchschnittliche Zahl der Kinder, zum anderen auf die altersspezifische Geburtenhäufigkeit (ebd. 2012: 23). Dabei sind jedoch Unterschiede nach Bildung, Herkunftsland (und den dortigen Familiengründungsmustern), Geburtsland des ersten Kindes sowie Zuwanderergeneration der Frau zu beobachten (ausführlicher Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2012).

Eine Belastung des Arbeitsmarktes durch Zuwanderung sehen 37% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund, aber 44% der Einwohner mit Migrationshintergrund. Diese Befürchtungen erscheinen teilweise berechtigt, wenn man Analysen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hinzuzieht. Diese kommen zu dem Ergebnis, dass Neuzuwanderer auf dem Arbeitsmarkt stärker mit bereits hier beschäftigten „Ausländern“ konkurrieren als mit „einheimischen“ Arbeitskräften. Letztere profitierten langfristig stärker von der Arbeitsmigration, da diese zu höheren Löhnen und sinkender Arbeitslosigkeit in allen Qualifikationsgruppen führen könnte. Je besser die Qualifikation der Zuwanderer sei, umso günstiger seien die Auswirkungen der Migration auf den Arbeitsmarkt (Brücker/Jahn 2010).<sup>16</sup>

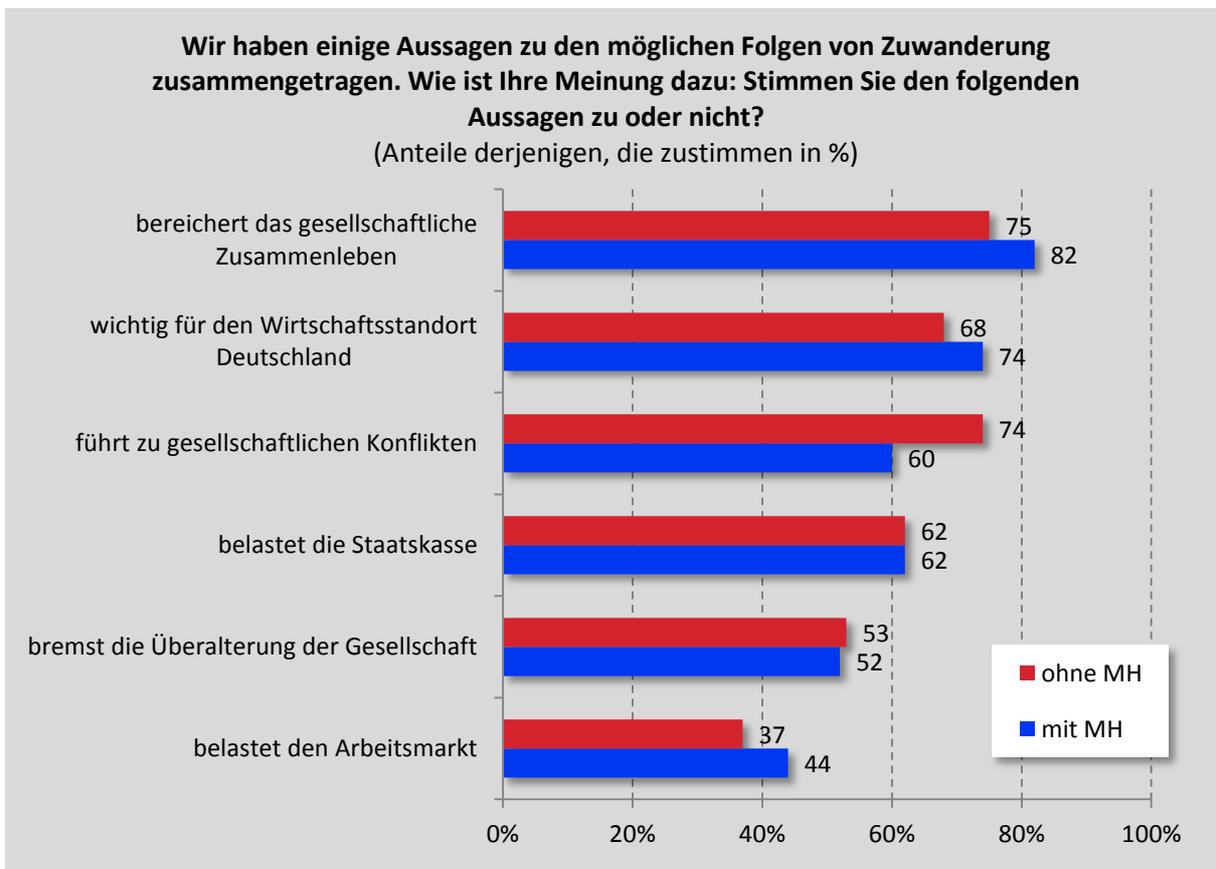


Abbildung 3: Folgen von Zuwanderung (Mehrfachnennungen möglich) – Einschätzung nach Migrationshintergrund

Bei einigen Punkten ist es interessant, die Betrachtung genauer zu differenzieren. So schätzen Frauen die sozialen und ökonomischen Aspekte der Zuwanderung deutlich anders ein als Männer: Frauen sehen seltener die Gefahr, dass Zuwanderung zu gesellschaftlichen Konflikten führt (69% vs. 72%). Gleichzeitig halten sie den Beitrag der Zuwanderung zur Bremsung des Überalterungsprozesses für geringer (49% vs. 56%). Andererseits befürchten

<sup>16</sup> An anderer Stelle findet sich die Einschätzung, dass Einheimische tendenziell von der Zuwanderung profitieren, Migranten dagegen nicht, Hochqualifizierte mehr als Niedrigqualifizierte und ältere Erwerbstätige mehr als junge (Brücker 2012: 6).

sie größere Belastungen für die Staatskasse (68% vs. 56%) sowie den Arbeitsmarkt (45% vs. 32%).

Eine Differenzierung nach Alter zeigt ebenfalls teilweise unterschiedliche Einschätzungen: So betrachten insbesondere die Jüngeren Zuwanderung als Bereicherung (83% der unter 30jährigen und 85% der 30- bis 39jährigen gegenüber 70% der über 60jährigen). Sie nehmen auch seltener Belastungen für die Staatskasse (53%) oder für den Arbeitsmarkt (32%) an als andere Altersgruppen. Eine besonders negative Einschätzung äußern hier die 50- bis 59jährigen, von denen zwei Drittel (66%) meinen, dass Zuwanderung die öffentlichen Haushalte belaste, und 45%, dass sie negative Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt habe.

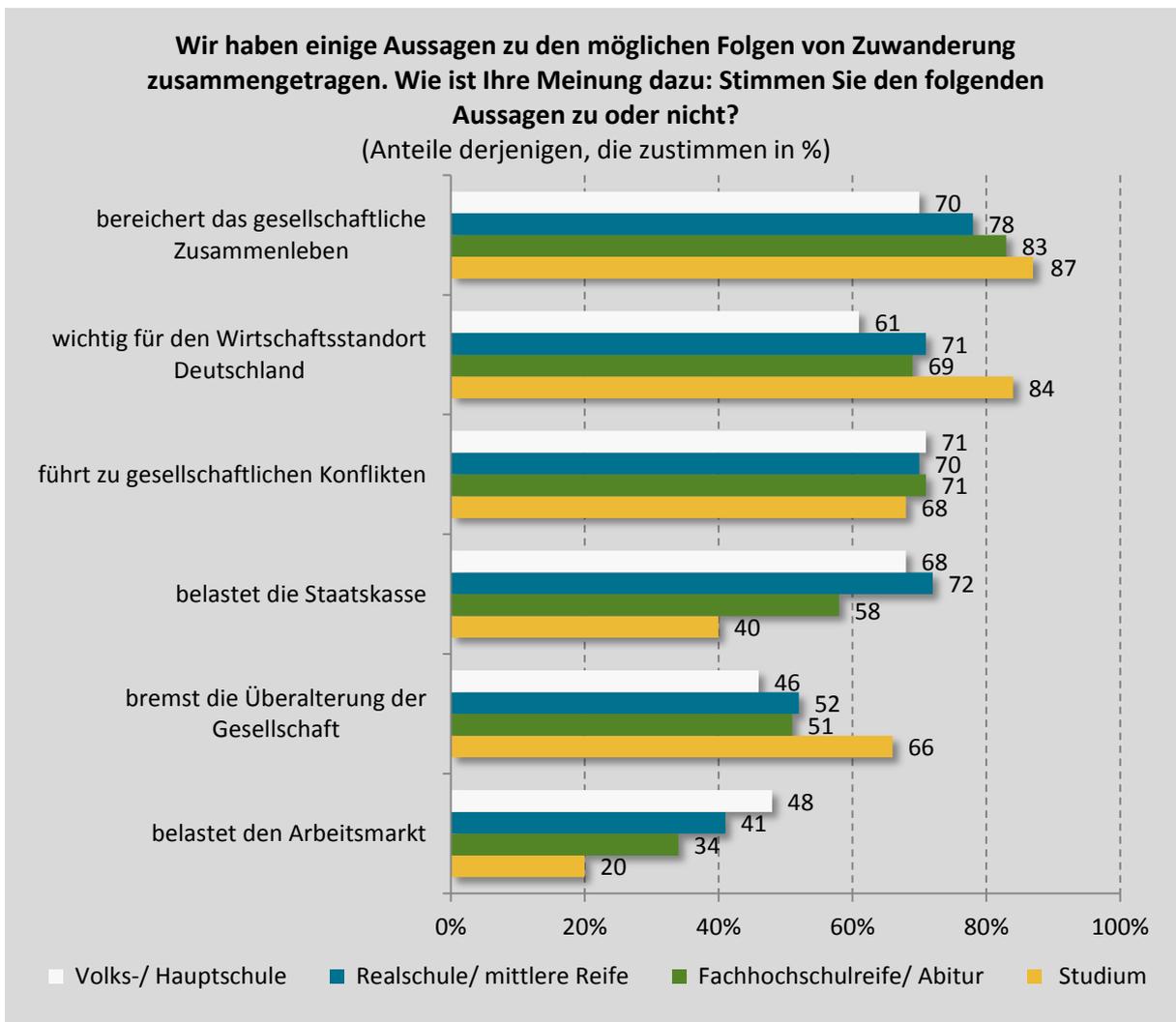


Abbildung 4: Folgen von Zuwanderung (Mehrfachnennungen möglich) – Einschätzung nach Bildungsabschluss

Aufschlussreich ist die Differenzierung nach Bildungsabschlüssen (vgl. Abbildung 4). Generell sind Personen mit Hochschulstudium am häufigsten der Auffassung, dass Zuwanderung eine Bereicherung für die Gesellschaft (87%) und von Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland sei (84%), während die Gruppe der Befragten mit Hauptschulabschluss hier nur zu 70% bzw. 61% zustimmt. Außerdem schätzen Akademiker den Beitrag der Zuwanderung

zur Bewältigung des demographischen Wandels deutlich höher ein als Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss (66% vs. 46%). Hochschulabsolventen sehen auch seltener Belastungen für die Staatskasse (40%) oder den Arbeitsmarkt (20%) als beispielsweise Personen mit Hauptschulabschluss (68% bzw. 48%), wie Abbildung 4 illustriert. Insgesamt schätzen also Personen mit höherem Bildungsabschluss Zuwanderung tendenziell positiver ein als geringer Qualifizierte.<sup>17</sup>

### 5.3 Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland

Die öffentliche Debatte zeigt die zunehmende Bedeutung von Zuwanderung für den Arbeitsmarkt. Es wird davon ausgegangen, dass die sich in Deutschland und auch Hessen abzeichnenden Fachkräfteengpässe durch die Einstellung Zugewanderter etwas aufgefangen werden können. In der Befragung wurde zunächst erhoben, ob auch die Bevölkerung einen Bedarf an einer verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland wahrnimmt. Die Frage ist identisch mit der, die das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011: 38ff.) in der ersten Befragung „Meinungsbilder“ im Jahr 2011 stellte.

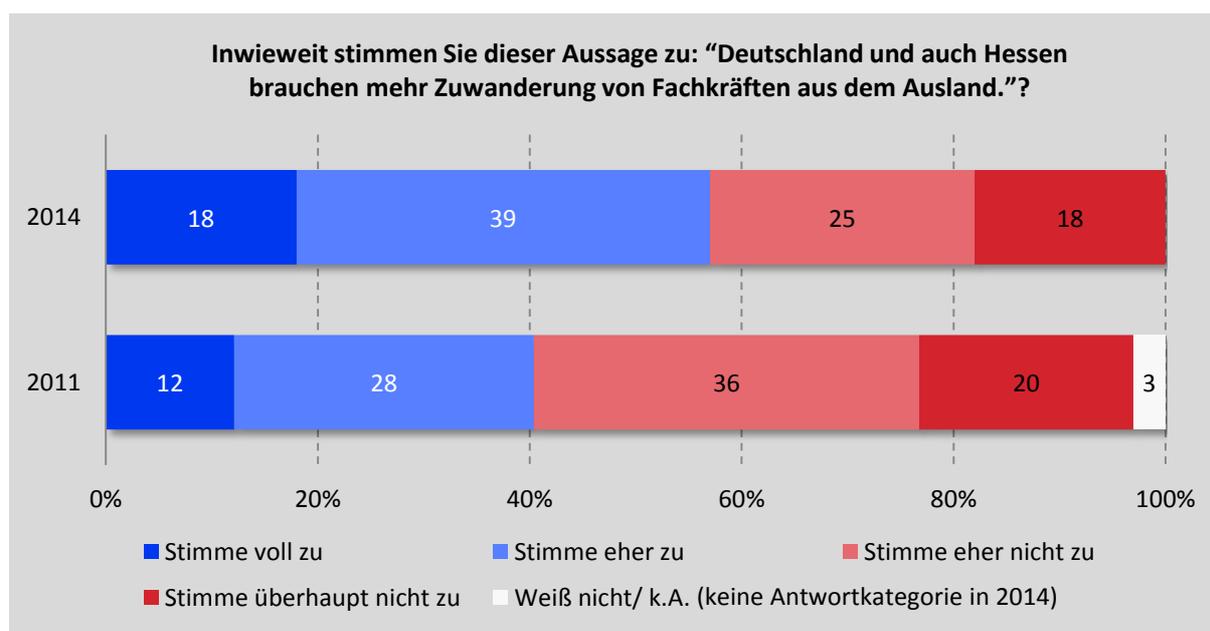


Abbildung 5: Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland – Einschätzungen 2014 und 2011 im Vergleich

Anders als noch drei Jahre zuvor sieht die Mehrheit der hessischen Bevölkerung (57%) eine Notwendigkeit der verstärkten Zuwanderung ausländischer Fachkräfte; 2011 waren es nur

<sup>17</sup> Die Ergebnisse der wissenschaftlichen Literatur spiegeln sich also zum Teil in den Befragungsdaten wieder: So schätzen Befragte mit Migrationshintergrund die Belastung des Arbeitsmarktes durch Zuwanderung höher ein als Befragte ohne Migrationshintergrund, und Niedrigqualifizierte halten sie für stärker als Höherqualifizierte (s. Abbildung 4). Andererseits vermuten Ältere eine höhere Belastung des Arbeitsmarktes als Jüngere. Allerdings zeigt sich, dass die Einschätzung, Zuwanderung belastet den Arbeitsmarkt, von der Gruppe der Niedrigverdienenden über die Gruppen der mittleren Verdiener bis zur höchsten Einkommensgruppe in großen Schritten abnimmt.

40% (vgl. Abbildung 5). Diese Auffassung teilen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in gleicher Weise.<sup>18</sup> 2011 war dies noch anders: damals standen Personen mit Migrationshintergrund der Fachkräftezuwanderung deutlich offener gegenüber als Personen ohne Migrationshintergrund (47% Zustimmung vs. 39% Zustimmung). Die aktuelle Befragung zeigt, dass Personen, die selbst zugewandert sind, eine Notwendigkeit der Fachkräftezuwanderung mit 61% stärker bejahen als diejenigen, die nicht selbst zugewandert sind (53%) oder keinen Migrationshintergrund haben (57%, ohne Abbildung).

Männer stimmen der Frage häufiger zu als Frauen (60% vs. 54%), und vor allem Personen der Altersklasse 60+ halten eine stärkere Fachkräftezuwanderung für wichtig (Zustimmungsanteil: 64% vs. 53% in der Altersgruppe der unter 30jährigen). Interessante Unterschiede zeigen sich ferner bei einer Differenzierung nach den Bildungsabschlüssen: Personen mit Hochschulabschluss beurteilen eine verstärkte Fachkräftezuwanderung deutlich öfter als notwendig (72%) als Personen mit anderen Bildungsabschlüssen, wie Abbildung 6 zeigt:

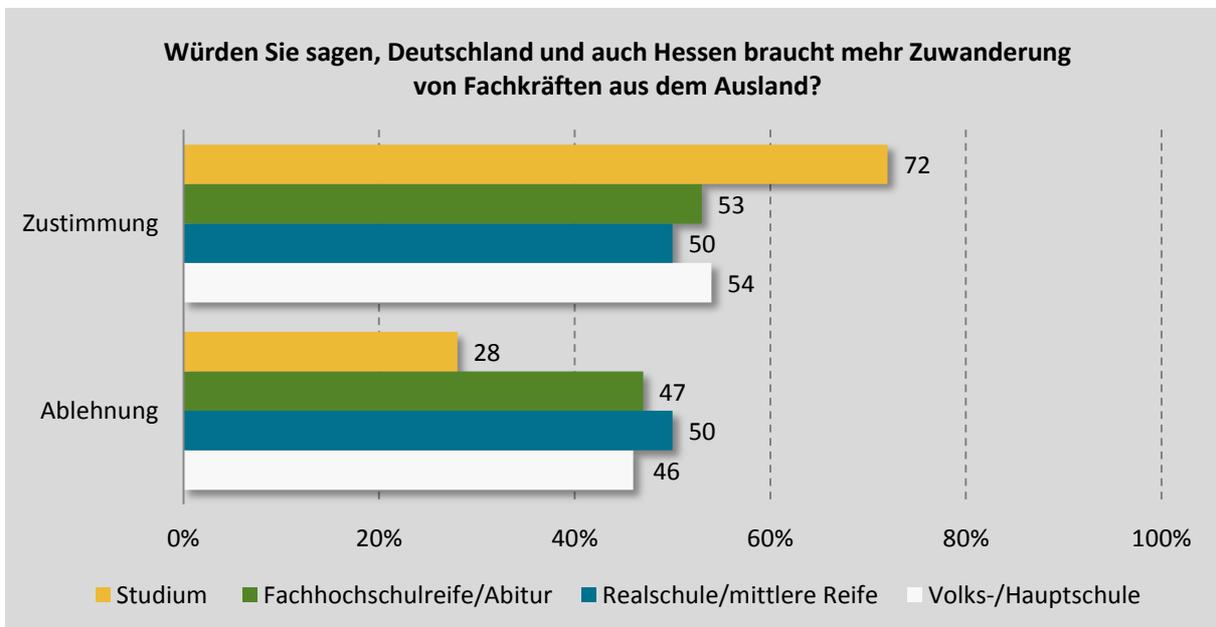


Abbildung 6: Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland - Einschätzung nach Bildungsabschluss

„Ausreißer“ finden sich ferner bei Personen aus Ballungsgebieten; hier stimmen 65% der Frage zu, während die Zustimmung in den anderen Regionen zwischen 50% und 56% variiert. Gleichzeitig halten Nichtberufstätige eine verstärkte Zuwanderung häufiger für wichtig als Berufstätige (61% vs. 54%). Außerdem zeigt sich die Tendenz, dass mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen die Einschätzung positiver wird. So stimmen 47% der Befragten mit einem Nettohaushaltseinkommen bis unter 1000 EUR der Frage zu, aber 67% der Einkommensgruppe ab 3000 EUR. Hier könnte eine Korrelation mit dem Bildungsabschluss vorliegen.

<sup>18</sup> Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014a: 39) differenziert im Rahmen seiner größer angelegten Untersuchung die Ergebnisse auf seine ähnlich formulierte Frage genauer nach Herkunftsgruppen.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration hat den Autoren dankenswerterweise eine Sonderauswertung einzelner Fragen des Integrationsbarometers für Hessen zur Verfügung gestellt. Der abgefragten Aussage „Es sollten mehr Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten zuwandern“ stimmten 68% der Befragten mit Migrationshintergrund sowie 54% der Befragten ohne Migrationshintergrund ganz oder eher zu.

## 5.4 Vermutete Zuwanderungsgründe

Für die Zuwanderung nach Deutschland aus Drittstaaten – also aus Staaten außerhalb der EU – sieht das Aufenthaltsgesetz im Wesentlichen vier Möglichkeiten vor: zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, zur Ausbildung bzw. zum Studium, zum familiären Zusammenleben und aus humanitären Gründen bzw. für ein Asylverfahren. 2012 wanderten die meisten der Drittstaatler zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit und aus Gründen des Familiennachzugs zu (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a: 39ff.). Die Zahlen der Asylbewerber steigen seit einigen Jahren stetig an, von rund 1.900 hessischen Asylzugängen im Jahr 2009 auf 5.000 im Jahr 2012 und 8.700 im Jahr 2013.<sup>19</sup>

Über die Migrationsmotive von EU-Angehörigen lassen sich nur weniger deutliche Aussagen treffen, da sie Freizügigkeit genießen und keiner Aufenthaltserlaubnis bedürfen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass auch für sie die Aufnahme einer Erwerbsarbeit ein zentrales Motiv ist (s. dazu Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013: 63).<sup>20</sup>

Von diesen Befunden weichen die Vorstellungen der hessischen Bevölkerung zu Zuwanderungsmotiven teilweise ab. Auf die Frage „Was meinen Sie: Was ist der häufigste Grund für Zuwanderung nach Hessen? Arbeit, Familie, Studium, Asyl, Sozialleistungen“ äußerten 49% der Befragten mit und 54% derer ohne Migrationshintergrund, dass der häufigste Grund für die Zuwanderung nach Hessen die Arbeit sei (vgl. Abbildung 7). An zweiter Stelle steht die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Sozialleistungen (22% der Personen ohne und 17% der Personen mit Migrationshintergrund).<sup>21</sup> Als etwas weniger wichtig wird die Beantragung von Asyl eingeschätzt; dieses Motiv geben 13% der Befragten ohne und 11% der Befragten mit Migrationshintergrund an. Größere Abweichungen zwischen der Bevölkerung ohne und mit Migrationshintergrund bestehen bei den Zuwanderungsgründen „Familie“ und „Studium“: Während nur 4% der Personen ohne Migrationshintergrund Familiengründung und -zusammenführung als wichtigsten Grund für die Einwanderung

---

<sup>19</sup> zu den Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche von Asylbewerbern s. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013c)

<sup>20</sup> Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung weist darauf hin, dass „die Einkommensgewinne durch die Migration hoch“ seien. (Brücker et al. 2014: 21-23)

<sup>21</sup> Mit diesem Aspekt wurde auf die Diskussion um die sog. „Armutszuwanderung“ abgezielt; s. dazu z.B. Berlin-Institut (2014: 35), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014). – In diesem Zusammenhang ist das SVR-Integrationsbarometer interessant, das im Hinblick auf die Sozialleistungen für neu zugewanderte arbeitslose Arbeitnehmer aus verschiedenen Ländern bemerkt, „beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft“ hätten „sozialstaatliche Solidarität verinnerlicht“. (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013: 30f.)

ansehen, sind es bei den Personen mit Migrationshintergrund 14%. 6% der Bevölkerung ohne und 9% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund denken, dass ein Studium der wichtigste Grund sei.

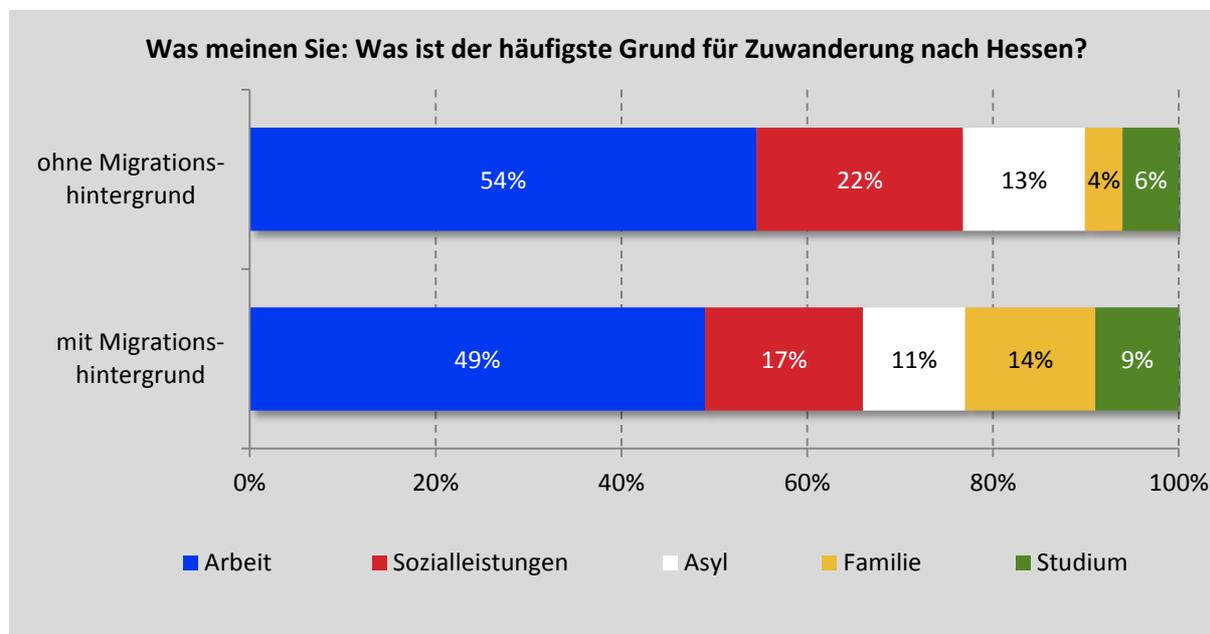


Abbildung 7: Wichtigste Gründe der Zuwanderung nach Hessen – Einschätzung nach Migrationshintergrund

Die Einschätzung könnte dabei von der Lebenssituation der Befragten geprägt sein: „Arbeit“ wird häufiger von Männern als von Frauen als vorrangiges Motiv benannt (57% vs. 49%) und ebenfalls öfter von Beschäftigten als von Nichtbeschäftigten (58% vs. 44%). Gleichzeitig sehen die Befragten in Ballungszentren „Arbeit“ am ehesten als zentrales Motiv an (62% vs. 41% in kleineren Städten und Gemeinden bis 20.000 Einwohner). Während „Arbeit“ von allen Altersklassen sehr häufig als wichtigster Grund für Zuwanderung angegeben wird (am seltensten von den Personen im Alter 60+), werden „Familie“ und „Studium“ in besonderem Maße von den unter 30jährigen genannt (16% bzw. 13%; bei den über 60jährigen sind es nur 6% bzw. 5%). Das Motiv „Inanspruchnahme von Sozialleistungen“ wird mit höherem Alter tendenziell häufiger angeführt (von 12% der unter 30jährigen, aber von 27% der über 60jährigen). Je höher das Haushaltseinkommen ist, desto öfter sehen die Befragten „Arbeit“ und desto seltener „Sozialleistungen“ als wichtigsten Zuwanderungsgrund an.

Ein Zusammenhang scheint auch zwischen dem Bildungsniveau und dem Antwortverhalten zu bestehen, wie Abbildung 8 andeutet. So schätzen Personen mit Hochschulabschluss „Arbeit“ deutlich häufiger als wichtigsten Grund ein als beispielsweise Hauptschulabsolventen (69% vs. 46%), während letztere „Familie“ (9%), „Asyl“ (16%) und vor allem „Sozialleistungen“ (24%) öfter nennen als die anderen Bildungsgruppen (unter den Hochschulabsolventen sind es 3%, 7% und 10%, s. Abbildung 8).

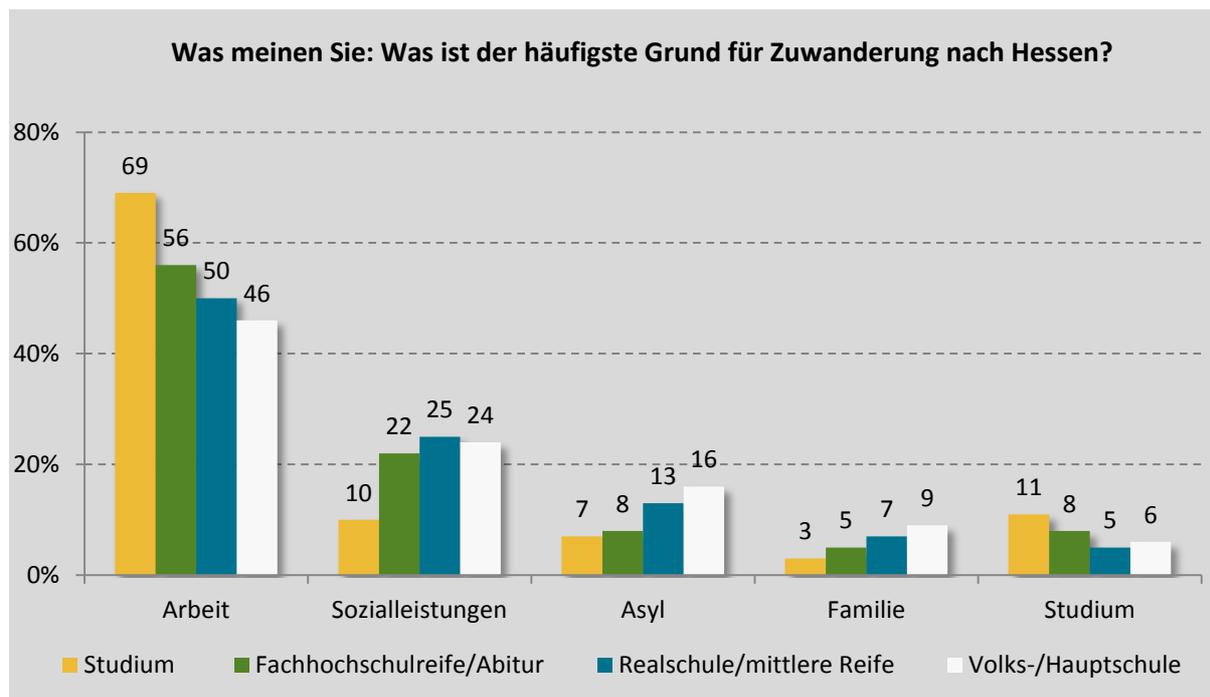


Abbildung 8: Wichtigste Gründe der Zuwanderung nach Hessen – Einschätzung nach Bildungsabschluss

## 5.5 Zuwanderungsregelungen und -kriterien

Im Zuge der Debatte um den Beitrag der Zuwanderung qualifizierter ausländischer Fachkräfte zur Bewältigung von Fachkräftengaps steht auch das Zuwanderungsrecht im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit. Mit der Einführung der Blauen-Karte-EU, der weiteren Öffnung des Arbeitsmarktes für Fachkräfte mit Berufsausbildung sowie der für Akademiker neu geschaffenen Möglichkeit der Zuwanderung zur Arbeitssuche hat der Gesetzgeber bereits maßgebliche Erleichterungen in diesem Bereich erwirkt. Der Steuerungsanspruch an das Zuwanderungsrecht reicht aber über diesen Aspekt hinaus.<sup>22</sup>

Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration interessierte, wie Zuwanderung nach Auffassung der hessischen Bevölkerung gestaltet sein sollte. Im Rahmen der Erhebung wurde folgende Frage gestellt: „Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach ... uneingeschränkt zuwandern lassen? ... vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer kommen lassen? ... vorwiegend Zuwanderer aus sozialen Gründen berücksichtigen? ... Zuwanderung gar nicht zulassen?“. Die Frage war bereits in ähnlicher Form in der Erhebung für die Meinungsbilder 2011 gestellt worden (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: 42; s. unten).

<sup>22</sup> Einen Überblick über die politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Zuwanderung bieten z.B. das Bundesministerium des Innern (2011) und der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2012; 2013: 67ff.; 2014a: 70ff.); s.a. Märker/Wilkens (2014).

50% der Befragten sprechen sich dafür aus, „vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer zu berücksichtigen“<sup>23</sup>, 23% möchten Personen „vorwiegend .. aus sozialen Gründen“ zuwandern lassen. 18% können sich eine „uneingeschränkte“ Zuwanderung vorstellen, 8% möchten „Zuwanderung gar nicht zulassen“.

Die Unterschiede im Antwortverhalten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund fallen vergleichsweise gering aus: 21% der Befragten mit und 17% der Befragten ohne Migrationshintergrund möchten „uneingeschränkt“ zuwandern lassen, 7% der Untersuchungsteilnehmer mit und 9% derjenigen ohne Migrationshintergrund lehnen Zuwanderung völlig ab. 47% der Befragten mit Migrationshintergrund wünschen sich Zuwanderungsregelungen, die „vorwiegend leistungsstarken“ Zuwanderern den Zuzug ermöglichen, 25% sprechen sich für eine Zuwanderungspolitik aus, die „vorwiegend“ Zuwanderer „aus sozialen Gründen kommen“ lassen sollte. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund sind es 51% bzw. 23%, wie die folgende Abbildung zeigt:

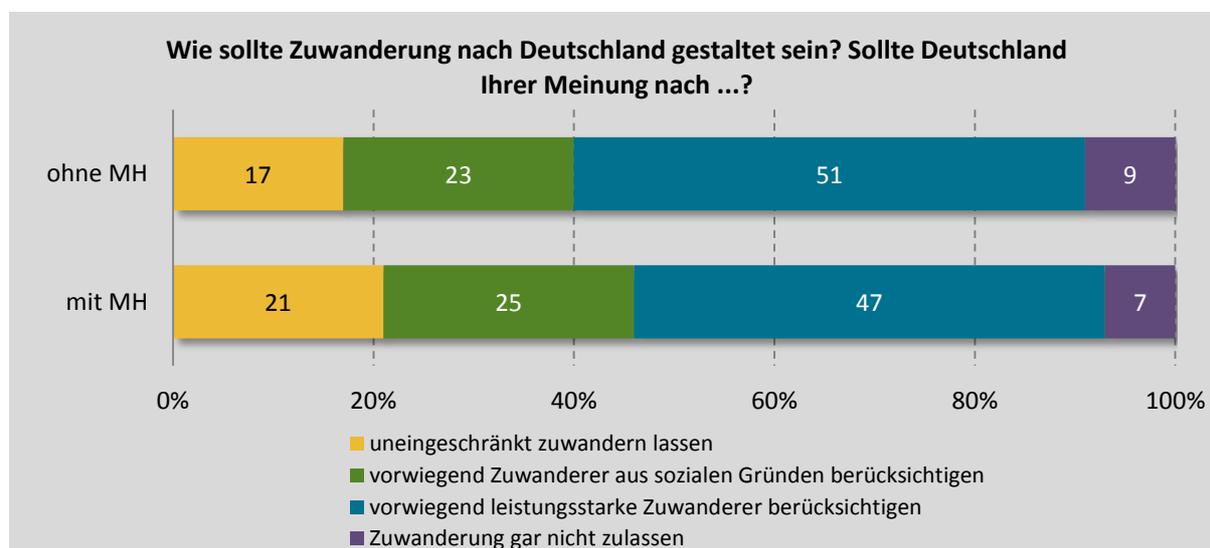


Abbildung 9: Verschiedene Zuwanderungsregelungen – Einschätzung nach Migrationshintergrund 2014

Männer räumen der Leistungsfähigkeit etwas höhere Priorität ein (der Anteil der Zustimmenden beträgt 52% gegenüber 47% unter den Frauen), Frauen betonen soziale Aspekte etwas stärker als Männer (25% vs. 22% Zustimmung bei den „sozialen Gründen“). Die größte Offenheit hinsichtlich Zuwanderung zeigt die Altersgruppe der unter 30jährigen<sup>24</sup>, von denen 23% für „uneingeschränkte“ Zuwanderung stimmen, aber nur 2% Zuwanderung „gar nicht zulassen“ wollen. Personen über 50 Jahre sind einer „uneingeschränkten“ Zuwanderung gegenüber positiver eingestellt als Personen zwischen 30 und 50: 17% bzw. 18% der über 50jährigen stimmen dafür, während 8% bzw. 9% jegliche Zuwanderung ablehnen. Dass

<sup>23</sup> Brücker/Jahn (2010: 1) kommen aufgrund ihrer Analyse zu dem Schluss, dass der deutsche Arbeitsmarkt von einer Steuerung der Zuwanderung u.a. nach dem Kriterium der (hohen) „Qualifikation“ profitieren würde.

<sup>24</sup> ähnlich die Ergebnisse der Befragung durch TNS Emnid (2012: 6)

„vorwiegend leistungsstarke“ Zuwanderer berücksichtigt werden sollten, wird vor allem in der Altersgruppe der 30- bis unter 40jährigen gefordert (54% Zustimmung); hier fällt dagegen der Anteil derjenigen, die „uneingeschränkt“ zuwandern lassen wollen, mit 12% am geringsten aus. Am meisten Ablehnung erfährt Zuwanderung aus der Altersgruppe der 40- bis 49jährigen.

Die Antworten variieren auch mit dem Bildungsstand. Die Aussage „vorwiegend Leistungsstarke kommen lassen“ wird mit steigendem Bildungsniveau öfter befürwortet (39% unter den Befragten mit Volks- bzw. Hauptschulabschluss, 63% unter den Hochschulabsolventen). Umgekehrt ist die Tendenz bei der Frage nach Zuwanderung vorrangig „aus sozialen Gründen“: hierfür votieren 39% der Hauptschulabsolventen, aber nur 17% der Hochschulabgänger. Hauptschulabsolventen befürworten auch am häufigsten die „uneingeschränkte“ Zuwanderung (23% vs. beispielsweise 14% derjenigen mit Mittlerer Reife), sowie andererseits die Nichtzulassung von Zuwanderung (13% gegenüber 2% bei den Hochschulabsolventen). Die Unterschiede im Antwortverhalten nach Berufstätigkeit sind gering.

Am aufgeschlossensten gegenüber Zuwanderung sind Befragte, die in großen Kommunen leben: In der BIK Größenklasse 100.000 bis 500.000 stimmen 18% uneingeschränkter Zuwanderung zu, in der BIK Größenklasse 500.000 und mehr sogar 24%. In beiden Raumgrößenklassen lehnen jeweils 6% Zuwanderung völlig ab, in der Größenklasse 20.000 bis 100.000 dagegen 21%.

Die Einschätzung von Zuwanderung scheint auch einkommensabhängig zu sein: Von den Befragten, die in einem Haushalt mit einem Nettoeinkommen unter 1000 EUR leben, lehnen 13% Zuwanderung völlig ab, aber nur 5% derjenigen, bei denen das Haushaltsnettoeinkommen 3000 EUR und mehr beträgt. Die einkommensschwächste Gruppe befürwortet am stärksten die Zuwanderung aus vorwiegend sozialen Gründen (30% vs. 19% der einkommensstärksten Gruppe) und am seltensten die Zuwanderung überwiegend leistungsstarker Zuwanderer (40% vs. 60% der Einkommensstärksten).

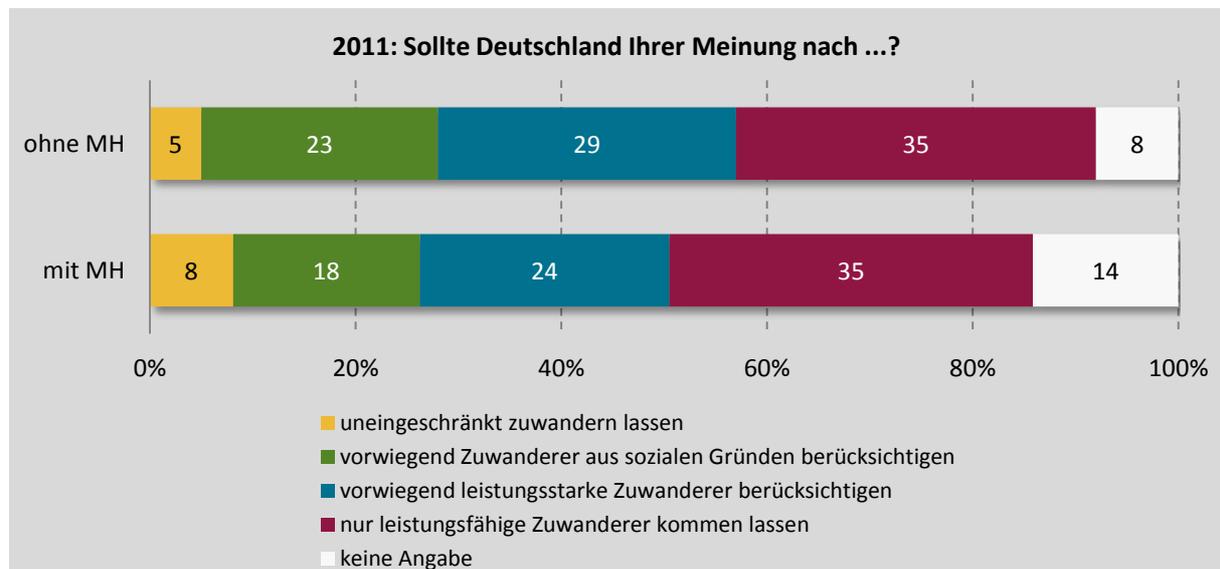


Abbildung 10: Verschiedenen Zuwanderungsregelungen – Einschätzung nach Migrationshintergrund 2011  
Quelle: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: 41ff.

Gegenüber der letzten Erhebung für die Studie „Meinungsbilder“ (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: 41ff.) hat sich die Einstellung zur Zuwanderung sehr verändert. Seit damals hat sich der Anteil der Befragten, der sich für eine „uneingeschränkte“ Zuwanderung ausspricht, von 6% auf 18% erhöht und damit fast verdreifacht. „Vorwiegend soziale Gründe“ sollten damals nach Auffassung von 22% der Bevölkerung eine Rolle spielen; dieser Anteil hat sich kaum verändert (23%). Die Frage nach der Berücksichtigung der Leistungsstärke der Zuwanderer wurde früher differenzierter gestellt, ist also nicht direkt vergleichbar. Doch war dieser Aspekt damals besonders wichtig, wie Abbildung 10 zeigt: 64% der Personen ohne und 59% derer mit Migrationshintergrund wollten Zuwanderer vorwiegend dann berücksichtigt wissen, wenn diese „leistungsstark“ waren.

### **Mögliche Kriterien der Zuwanderung**

Die Fachkräftekommission Hessen (2012) spricht sich in ihren Handlungsempfehlungen für die Einführung eines sog. Punktesystems aus, mit dem Zuwanderer nach klaren und transparenten Kriterien sowie nach dem Bedarf der Wirtschaft ausgewählt werden können. Doch welche Kriterien der Zuwanderung erachtet die hessische Bevölkerung als besonders wichtig? Um dies in Erfahrung zu bringen, lautete die nächste Frage: „Welche Kriterien sollten Ihrer Meinung nach bei der Steuerung der Zuwanderung eine Rolle spielen?“ Als Antworten waren Alter, berufliche Qualifikation, Herkunftsland, deutsche Sprachkenntnisse, Familie in Deutschland und Verfolgung vorgeschlagen; jedes Kriterium sollten die Befragten mit „ja“ oder „nein“ bewerten. Wie schon bei Frage 2 nannten die Interviewer die Antwortoptionen immer in einer anderen, zufällig generierten Reihenfolge.

Am häufigsten (von 88%) werden die Kenntnisse der deutschen Sprache als entscheidendes Kriterium der Zuwanderungssteuerung angeführt. 81% halten die berufliche Qualifikation für wichtig, für 74% ist Verfolgung im Herkunftsland ein bedeutsames Kriterium. 72% schätzen den Aspekt, dass ein Zuwanderer bereits Familie in Deutschland hat, als relevant ein, für 41% sollte das Alter von Zuwanderern ein Steuerungskriterium sein. Das Herkunftsland spielt für lediglich 30% eine Rolle. Abbildung 11 zeigt, wie die Einschätzung der vorgegebenen Kriterien nach Migrationshintergrund variiert:

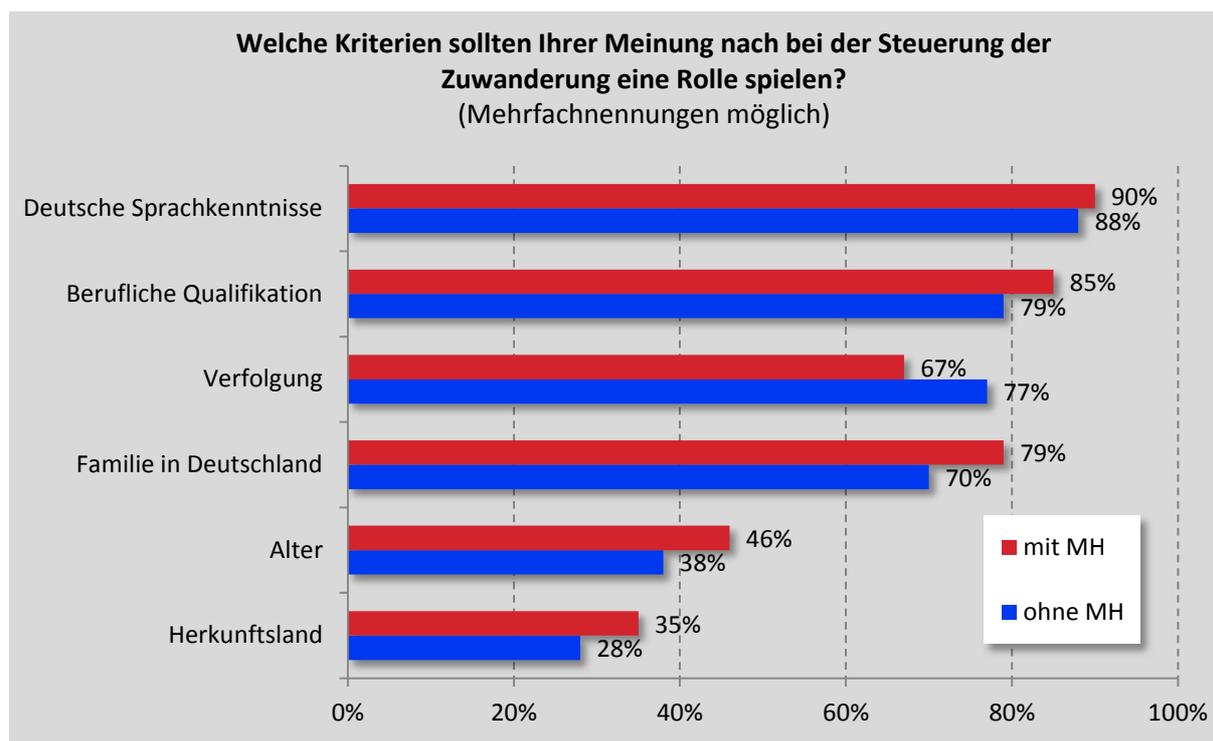


Abbildung 11: Kriterien der Zuwanderungssteuerung (Mehrfachnennungen möglich) – Priorisierung nach Migrationshintergrund

Das Antwortverhalten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund weist einige Abweichungen auf. Die größten Unterschiede finden sich beim Kriterium „Verfolgung“; dieses erachten Befragte ohne Migrationshintergrund als wichtiger (77% vs. 67% mit Migrationshintergrund), wohingegen Befragte mit Migrationshintergrund „Familie in Deutschland“ etwas relevanter finden (79% vs. 70% der Befragten ohne Migrationshintergrund). Beide Gruppen sind sich gleichermaßen einig, dass das Kriterium „deutsche Sprachkenntnisse“ am wichtigsten sei.

Generell werden „deutsche Sprachkenntnisse“ umso häufiger genannt, je älter die Gruppe der Befragten und je niedriger ihr Bildungsabschluss ist. So stimmen 92% der über 60jährigen gegenüber 82% der unter 30jährigen dem Kriterium zu sowie 92% der Hauptschulabsolventen und 80% der Hochschulabgänger. „Verfolgung“ ist vor allem für die Befragten mit höherer Bildung ein wichtiger Gesichtspunkt: 85% der Befragten mit Studium nennen dieses Kriterium gegenüber 65% derjenigen mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Bereits Familienangehörige in Deutschland zu haben, ist gerade für Personen mit Mittlerer Reife ein bedeutsamer Aspekt der Zuwanderungssteuerung (77%), während er nur von 60% der Befragten mit Fachhochschulreife oder Abitur genannt wird. Das „Alter“ halten ebenfalls 48% der Untersuchungsteilnehmer mit Mittlerer Reife für wichtig, aber nur 31% derjenigen mit Studium. Akademiker räumen dem „Herkunftsland“ eine vergleichsweise geringe Bedeutung für die Zuwanderungssteuerung ein (23%), während dieses in den anderen Gruppen von etwa einem Drittel der Befragten genannt wird.

## 5.6 Nachweis deutscher Sprachkenntnisse als Zuwanderungsvoraussetzung

Personen, die zum Zweck der Familienzusammenführung zu einem in Deutschland lebenden ausländischen Ehepartner ziehen wollen, müssen vor ihrer Einreise nachweisen, dass sie sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können (§ 30 Abs. 1 S. 1, Nr. 2 AufenthG). Nach dem Willen des Gesetzgebers sollen damit dem öffentlichen Interesse an einer schnellen und erfolgreichen Integration zuwandernder Familienangehöriger entsprochen und Zwangsverheiratungen bekämpft werden. Nach einer aktuellen Studie des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (2014: 160) halten 88% derjenigen, die bereits vor der Einreise nach Deutschland einfache Kenntnisse der deutschen Sprache nachweisen mussten, diese Regelung für sinnvoll.<sup>25</sup>

Der EuGH hat jedoch mit Urteil vom 10. Juli 2014 eine Unvereinbarkeit der Regelung mit dem Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Türkei festgestellt. Er begründet die Unvereinbarkeit insbesondere mit der konkreten Ausgestaltung der Sprachnachweispflicht beim Ehegattennachzug. Sie sei unverhältnismäßig, da ein fehlender Nachweis des Erwerbs hinreichender Sprachkenntnisse automatisch zur Ablehnung des Antrags auf Familienzusammenführung führe, ohne dass besondere Umstände des Einzelfalls berücksichtigt werden könnten. Zwischenzeitlich passte die Bundesregierung im Nachgang des Urteils die Anwendungspraxis der Regelung an (s. Deutscher Bundestag 2014).

Aufgrund der vorausgehenden Debatte interessierte sich das Hessische Ministerium für Soziales und Integration für die Meinung der Bevölkerung zu dieser Frage. Außerdem ist davon auszugehen, dass deutsche Sprachkenntnisse der Integration in den Arbeitsmarkt förderlich sind (Brücker et al. 2014: 13)<sup>26</sup>. Der Sprachnachweis wurde in der Frage jedoch von den nachziehenden Ehegatten auf sämtliche Zuwanderer ausgedehnt und lautete: „Sollen Zuwanderer Ihrer Meinung nach grundsätzlich verpflichtet sein, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen?“.

Mit 74% befürwortet die überwiegende Mehrheit der Befragten dies: 45% sprechen sich eindeutig (mit „ja“) für einen solchen Nachweis aus, weitere 29% antworten mit „eher ja“. 16% meinen „eher nein“, und 10% halten einen verpflichtenden Sprachnachweis für gänzlich überflüssig.

Personen mit Migrationshintergrund messen dem verpflichtenden Sprachnachweis eine höhere Bedeutung zu als Personen ohne diesen Hintergrund: 80% bejahen ihn (darunter 54% eindeutig mit „ja“, vgl. Abbildung 12), bei Personen ohne Migrationshintergrund sind es 72%

---

<sup>25</sup> Die Studie ergibt weiter, dass 15% (Gesamtindex) von befragten Heiratmigranten und –migrantinnen ihre Deutschkenntnisse als schlecht und sehr schlecht einschätzen.

<sup>26</sup> Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass „Einwanderer mit sehr guten Sprachkenntnissen“ gut 20% mehr als diejenigen verdienen, die Deutsch „nicht gut beherrschen“. Außerdem sinkt „mit steigenden Sprachkenntnissen das Risiko, nicht entsprechend der beruflichen Qualifikation beschäftigt zu werden“. (Schwenn 2014; Brücker et al. 2014: 21)

(uneingeschränktes „ja“: 41%). 11% der Personen ohne und 8% der Personen mit Migrationshintergrund lehnen einen obligatorischen Sprachnachweis gänzlich ab.

Frauen befürworten den Sprachnachweis eher als Männer (78% vs. 70%), Ältere mehr als Personen mittleren Alters (79% der über 60jährigen vs. 65% der Altersgruppe 30 bis 39 Jahre). Die jüngste Altersgruppe begrüßt dagegen einen Sprachnachweis wieder deutlicher (zu 73%). Die Größe des Wohnortes spielt für die Einschätzung keine Rolle. Berufstätige halten ein Sprachzertifikat für weniger wichtig als Nichtberufstätige (71% vs. 78%).

Die Bedeutung eines Sprachnachweises wird mit sinkendem Bildungsstand höher eingeschätzt. So glauben 78% der Abgänger von Volks- oder Hauptschulen und 77% derjenigen mit Mittlerer Reife, dass ein verpflichtender Sprachnachweis wichtig sei, aber nur 65% der Befragten mit Studienabschluss.<sup>27</sup>

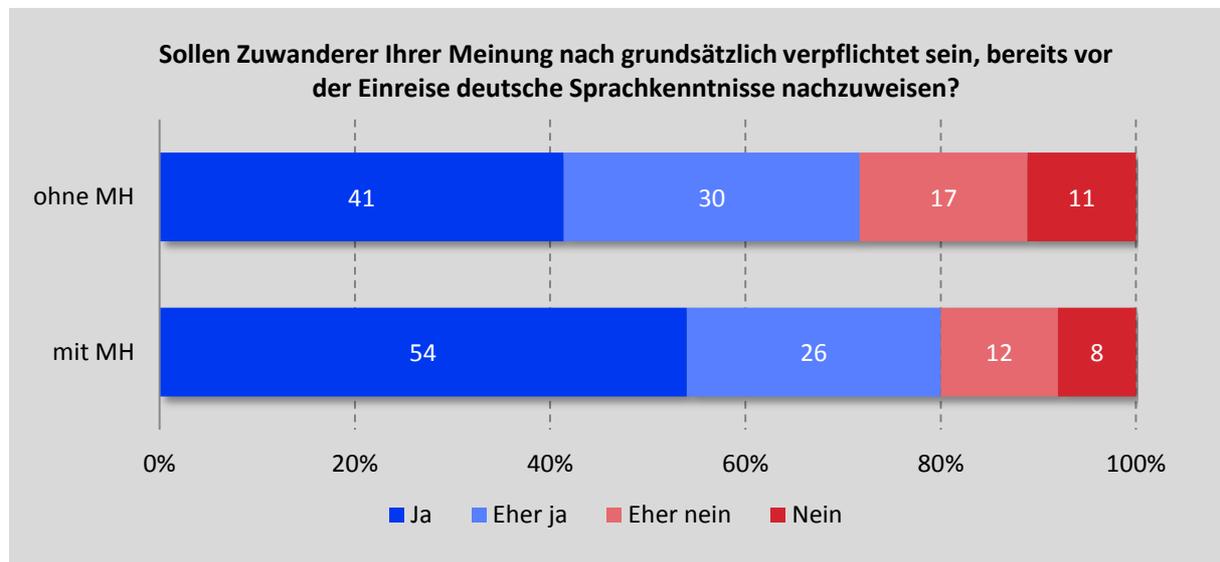


Abbildung 12: Verpflichtung von Zuwanderern zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse vor der Einreise – Einschätzung nach Migrationshintergrund

## 5.7 Integrationsbemühungen der hessischen Aufnahmegesellschaft

Politische Maßnahmen allein reichen nicht, um Integration gelingen zu lassen. Sowohl die Mitglieder der hessischen Aufnahmegesellschaft als auch die Zugewanderten und Zuwanderer müssen Integrationsleistungen erbringen.<sup>28</sup> Gerade, wenn Zuwanderer in Deutschland bleiben sollen, ist eine positive Aufnahme notwendig.<sup>29</sup>

<sup>27</sup> Die Ergebnisse der repräsentativen Bevölkerungsumfrage durch TNS Emnid (2012: 14, 16) deuten ebenfalls an, dass die Bevölkerung dem Erwerb der deutschen Sprache hohe Bedeutung beimisst.

<sup>28</sup> Der erste Punkt ist eng mit der Diskussion um die sog. „Willkommenskultur“ verknüpft. Zu diesem „neuen und überfälligen Akzent in der deutschen Debatte“ s. z.B. Kober/Süssmuth (2012: 15f.);

<sup>29</sup> So hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung einen negativen Zusammenhang zwischen Bleibeabsicht und Diskriminierungserfahrungen ermittelt (Brücker et al. 2014: 11).

## Einschätzung der Bemühungen der Aufnahmegesellschaft

Um die Einschätzung der Bevölkerung zu dieser Thematik zu ermitteln, wurde die Bevölkerung gefragt: „Tut Ihrer Meinung nach die hessische Gesellschaft genug dafür, Zuwanderer erfolgreich zu integrieren?“ Auch diese Frage war bereits in der Befragung 2011 gestellt worden (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: 31ff.).

57% der Befragten antworten mit „ja“ oder „eher ja“, 43% mit „nein“ oder „eher nein“. Das Antwortverhalten von Frauen und Männern, der verschiedenen Altersgruppen sowie der Berufstätigen und der Nichtberufstätigen zeigt geringe Unterschiede.

Die Unterscheidung nach dem Migrationshintergrund ergibt interessante Unterschiede (vgl. Abbildung 13). So sind 38% der Personen mit Migrationshintergrund, aber nur 23% der Personen ohne Migrationshintergrund der Auffassung, „ja“, die hessische Gesellschaft tue genug für die Integration der Zugewanderten. Bei selbst Zugewanderten sind es sogar 42%. Mit „eher ja“ antworten 29% der Personen mit und 31% der Personen ohne Migrationshintergrund, mit „eher nein“ 18% der Personen mit und 32% derjenigen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil derer, die bei dieser Frage „nein“ äußern, liegt unter den Befragten mit Migrationshintergrund bei 15% und an den Befragten ohne Migrationshintergrund bei 14%.

Die Auffassung, dass die hessische Gesellschaft genug für Integration tue, wird häufiger von Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss geteilt: 34% der Befragten mit Hauptschulabschluss, 26% derer mit Mittlerer Reife, 23% derer mit (Fach-)Hochschulreife und 18% derjenigen mit Studium stimmen dieser Frage voll zu.

Gegenüber 2011 haben sich wenige Veränderungen ergeben. Wie der Vergleich in Abbildung 13 zeigt, schätzt die Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Bemühungen der hessischen Gesellschaft für die Integration von Zuwanderern heute etwas besser ein als damals: Im Jahre 2014 meinen 38% „ja“ und 29% „eher ja“, 2011 waren es 35% bzw. 27%. Anders dagegen die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: Hier ist der Anteil der Zustimmungen bei der Kategorie „eher ja“ von 37% auf 31% zurückgegangen. Verzerrend bei dieser Gegenüberstellung mag wirken, dass damals „keine Angabe“ als Antwortmöglichkeit vorgesehen war, die von 6% aller Befragten genannt wurde.

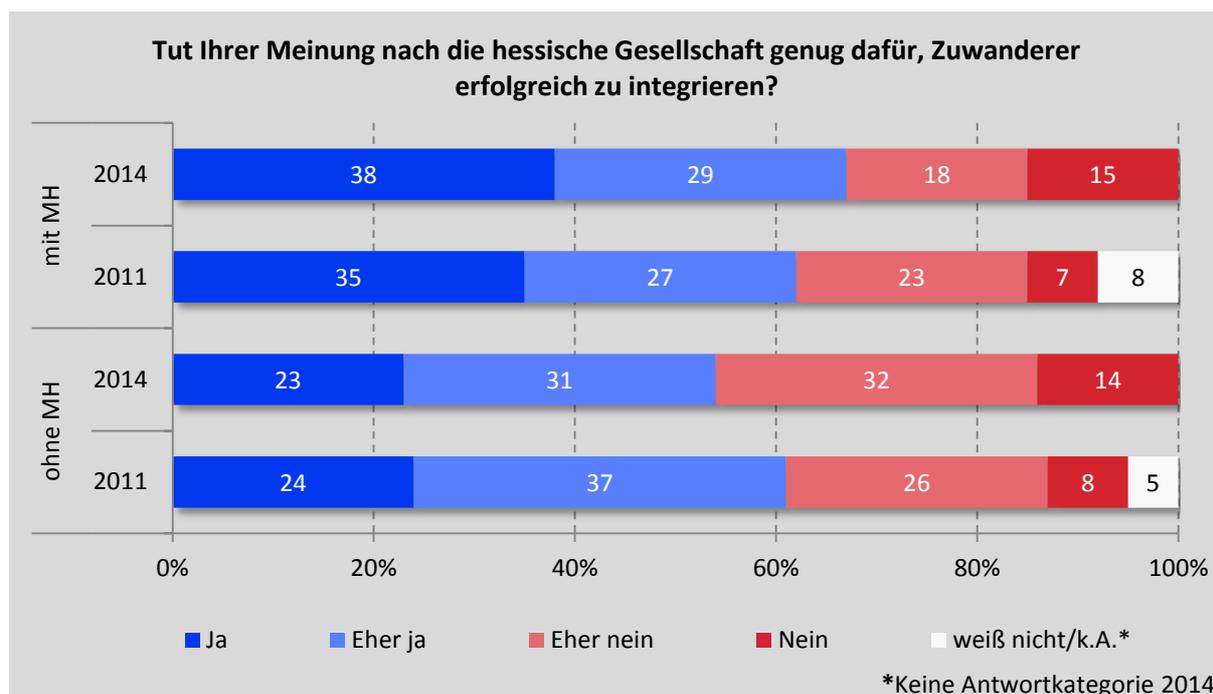


Abbildung 13: Bemühungen der hessischen Gesellschaft um die Integration von Zuwanderern – Einschätzungen nach Migrationshintergrund 2014 und 2011 im Vergleich

### Erforderliche Integrationsbemühungen der Aufnahmegesellschaft

Um in Erfahrung zu bringen, was die Aufnahmegesellschaft selbst leisten sollte, wurde folgende Frage gestellt: „Was sollten .. Menschen tun, die seit langem in Hessen leben, um die Integration der Neuzuwanderer zu fördern?“ Die Antwortvorgaben lauteten: „im näheren Umfeld erste Unterstützung im Alltag anbieten“, „Kontakte im sozialen Umfeld ermöglichen“, „sich über `Land und Leute` informieren“, „sich ehrenamtlich engagieren“, „Kindern und Eltern beim Deutschlernen helfen“. Die Auflistung der Antwortvorgaben variierte bei dieser Frage ebenfalls. Jede sollte mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden.

Als besonders wichtig wird die Ermöglichung von Kontakten im sozialen Umfeld beurteilt. Hier äußern 98% der Befragten Zustimmung, wobei sich allenfalls geringfügige Unterschiede nach den verschiedenen sozialen Merkmalen beobachten lassen. Auch Personen mit und ohne Migrationshintergrund antworten identisch (s. Abbildung 14).

Die Unterstützung von Neuzugewanderten beim Deutschlernen wird als fast ebenso wichtig eingeschätzt. Personen mit Migrationshintergrund halten dies mit 98% Bejahung sogar für noch etwas wichtiger als Personen ohne diesen Hintergrund (95%).

Mit ebenfalls relativ geringen Abweichungen im Antwortverhalten nach den verschiedenen sozialen Merkmalen liegt auf Rang 3 das Angebot „von erster Unterstützung im Alltag“.

Informieren über `Land und Leute` halten 89% für wichtig, wobei Jüngere (unter 30 Jahre) und gut Ausgebildete (Studienabsolventen) dies tendenziell etwas weniger relevant finden (81% und 82% der Befragten in den jeweiligen Gruppen). Personen ohne Migrationshintergrund erachten dies als für nicht so wichtig wie Personen mit Migrationshintergrund (88% vs. 93%).

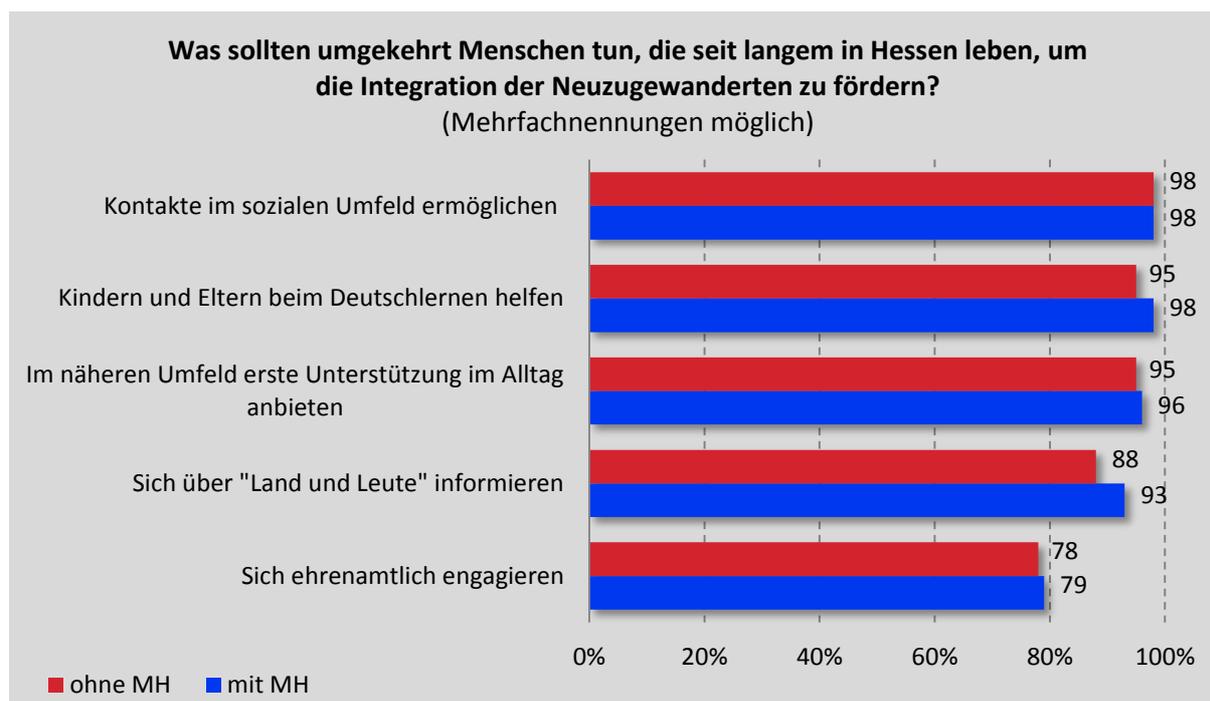


Abbildung 14: Erforderliche Integrationsbemühungen der hessischen Bevölkerung – Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich)

Ehrenamtliches Engagement nennen 78% der Befragten (Frauen: 81%, Männer: 75%). Die Unterschiede im Antwortverhalten nach Migrationshintergrund können vernachlässigt werden. Ältere schätzen bürgerschaftliches Engagement als wichtiger ein als Jüngere: unter den über 60jährigen sind es 86%, unter den unter 30jährigen dagegen nur 70%. Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss halten dies gleichfalls für wichtiger: so äußern 83% der Personen, die die Volks- oder Hauptschule besucht haben, Zustimmung, aber nur 70% der Universitätsabsolventen. Wie bei der Vereinstätigkeit in der vorherigen Frage schätzen die Nichtberufstätigen das ehrenamtliche Engagement als wichtiger ein als die Berufstätigen (83% vs. 75%).

## 5.8 Integrationsbemühungen der Zugewanderten

Auch die Meinungen zu den Integrationsbemühungen der Zugewanderten wurden mit zwei Fragen erhoben.

### Einschätzung der Integrationsbemühungen der Zugewanderten

Die Einschätzung der Integrationsleistungen der Zugewanderten sollte mit der Frage: „Und umgekehrt: Wird Ihrer Meinung nach von Seiten der Zugewanderten selbst genug getan, um sich erfolgreich zu integrieren?“ erhoben werden. Auch diese Frage war bereits 2011 gestellt worden (Hessisches Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa 2011: 33ff.).

Nur ein Drittel der Befragten ist der Auffassung, dass dies der Fall ist (10% antworten mit „ja“, 24% mit „eher ja“), 66% schätzen die Integrationsleistungen der Zuwanderer jedoch als

nicht ausreichend ein. Befragte mit Migrationshintergrund empfinden die Integrationsanstrengungen der Zuwanderer als etwas höher (42% Zustimmung gegenüber 31% bei Befragten ohne Migrationshintergrund, vgl. Abbildung 15); bei den selbst Zugewanderten sind es 39%. Aber auch bei diesen beiden Gruppen überwiegt die negative Einschätzung.

Die Antworten differieren nicht nach dem Geschlecht und kaum nach der Berufstätigkeit, aber etwas mit dem Alter. Auffallend ist, dass von der Gruppe der 50- bis 59jährigen die Integrationsleistungen der Zugewanderten als deutlich schlechter bewertet werden (24% „ja/eher ja“, 76% „nein/eher nein“) als von den anderen Altersgruppen, in denen der Anteil der Zustimmenden bei jeweils gut einem Drittel liegt.

Andererseits schwankt das Antwortverhalten stark mit dem Bildungsniveau: Tendenziell werden die Integrationsbemühungen der Zuwanderer von Personen mit höherem Bildungsabschluss besser eingeschätzt. 29% der Befragten mit Hauptschulabschluss, 34% derer mit Mittlerer Reife, 32% der Personen mit (Fach-)Hochschulreife, aber 44% der Hochschulabsolventen halten die Integrationsanstrengungen der Zugewanderten für ausreichend.

Von den Bewohnern in mittelgroßen Räumen von 100.000 bis 500.000 Einwohnern meinen 38%, die Integrationsbemühungen würden genügen, in den kleinen Kommunen bis 20.000 Einwohner sind es 28%, in den Ballungsräumen ab 500.000 Einwohner 35%.

Insgesamt ergibt sich also ein Abschnitt 5.7 ergänzendes Bild: Während die deutliche Mehrheit der Befragten (57%) der Auffassung ist, dass die Aufnahmegesellschaft genug tue, sind zwei Drittel (66%) der Meinung, dass die Zugewanderten selbst nicht genügend aktiv würden – wenn auch mit Unterschieden im Antwortverhalten zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund: Personen mit Migrationshintergrund schätzen die Integrationsbemühungen sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch der Zugewanderten als engagierter ein.

Im Vergleich zu 2011 beurteilt die Bevölkerung heute – unabhängig vom Migrationshintergrund – die Integrationsanstrengungen der Zugewanderten besser als damals: Im Jahre 2014 meinen 10% „ja“ und 24% „eher ja“, 2011 waren es noch 7% resp. 20%. Die Zustimmung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat deutlich zugenommen, wie Abbildung 15 zeigt. Die Vergleichbarkeit erschweren mag auch hier, dass damals 4% keine Angabe zu dieser Frage machten.

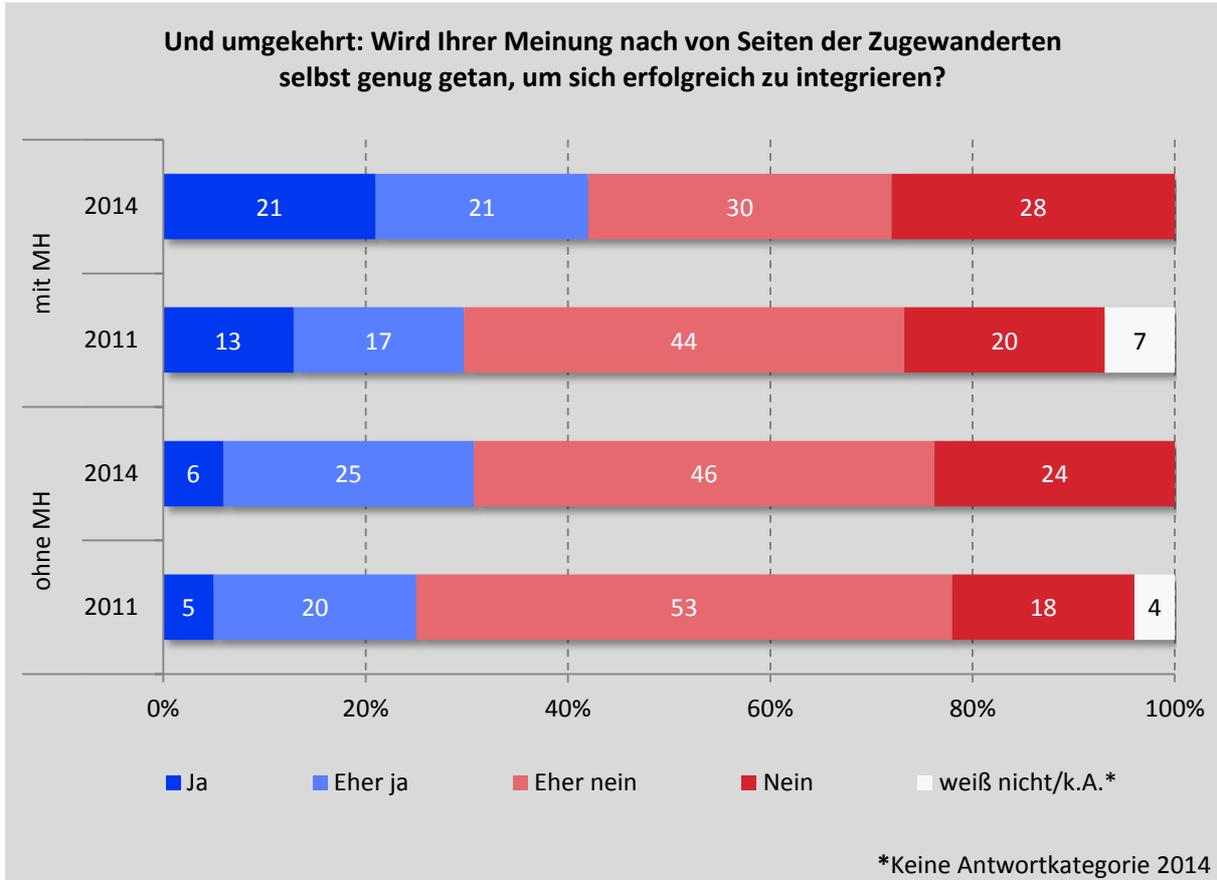


Abbildung 15: Integrationsbemühungen von Zugewanderten – Einschätzungen nach Migrationshintergrund 2014 und 2011 im Vergleich

### Erforderliche Integrationsbemühungen der Zugewanderten

Es gibt mannigfaltige Wege zu erfolgreicher Integration. Eine weitere Frage war daher, welche Integrationsanstrengungen die Zugewanderten nach Auffassung der hessischen Aufnahmegesellschaft erbringen sollten. Hierzu waren im Fragebogen sechs Vorschläge aufgeführt, wobei die Reihenfolge durch Einsatz eines Zufallsgenerators variiert wurde: die Sprache der Mehrheitsgesellschaft lernen, Kontakte im sozialen Umfeld knüpfen, eine Arbeit aufnehmen, sich über „Land und Leute“ informieren, sich in einem Verein engagieren, sich „an die Regeln halten“. Zu jeder Antwortvorgabe sollten die Befragten „ja“ oder „nein“ äußern.

Auch bei dieser Frage zeigt sich die überragende Bedeutung, die die hessische Bevölkerung dem Erlernen der deutschen Sprache beimisst (s. Abbildung 16, s.a. Abschnitt 5.6). 99% der Befragten äußern hier „ja“ – unabhängig vom Migrationshintergrund und von Geschlecht, Alter, Bildungsabschluss, Berufstätigkeit, Größe des Wohnortes oder Höhe des Einkommens.

„Sich an die Regeln halten“, die ein Gemeinwesen zusammenhalten, wird als zweitwichtigster Aspekt genannt, den Zuwanderer nach ihrer Ankunft in Hessen beachten sollen. Hierfür votieren 98% der Befragten, Personen mit Migrationshintergrund etwas öfter als Personen ohne diesen Hintergrund (99% vs. 97%). Frauen stimmen häufiger dafür als Männer (99% vs. 96%).

Den dritten Rang nimmt die Forderung ein, eine Arbeit aufzunehmen. Dieses wird von 93% der Befragten bejaht (mit Migrationshintergrund: 94%, ohne Migrationshintergrund 93%).

90% halten es für wichtig, dass sich die Zuwanderer schnell über „Land und Leute“ informieren. Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind hier nicht zu beobachten. Die Altersgruppe der unter 30jährigen misst diesem Gesichtspunkt etwas geringere Bedeutung bei als die übrigen (78% Zustimmung).

Auf Rang 5 liegt der Wunsch, Zuwanderer sollten schnell Kontakte im sozialen Umfeld knüpfen (87%). Unterschiede nach Migrationshintergrund lassen sich nicht feststellen. Interessanterweise bejahen nur 82% der selbst Zugewanderten, dass Zuwanderer als erstes schnell Kontakte im sozialen Umfeld knüpfen sollen – bei den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund sind es mit 92% deutlich mehr. Frauen halten dies für etwas wichtiger als Männer (89% vs. 86%). Die Ergebnisse differieren auch nach Bildungsniveau: So bejahen dies 84% der Personen, die einen Hauptschulabschluss haben, 90% der Befragten mit Mittlerer Reife, 87% derjenigen mit (Fach-)Hochschulreife und 91% der Studienabsolventen.

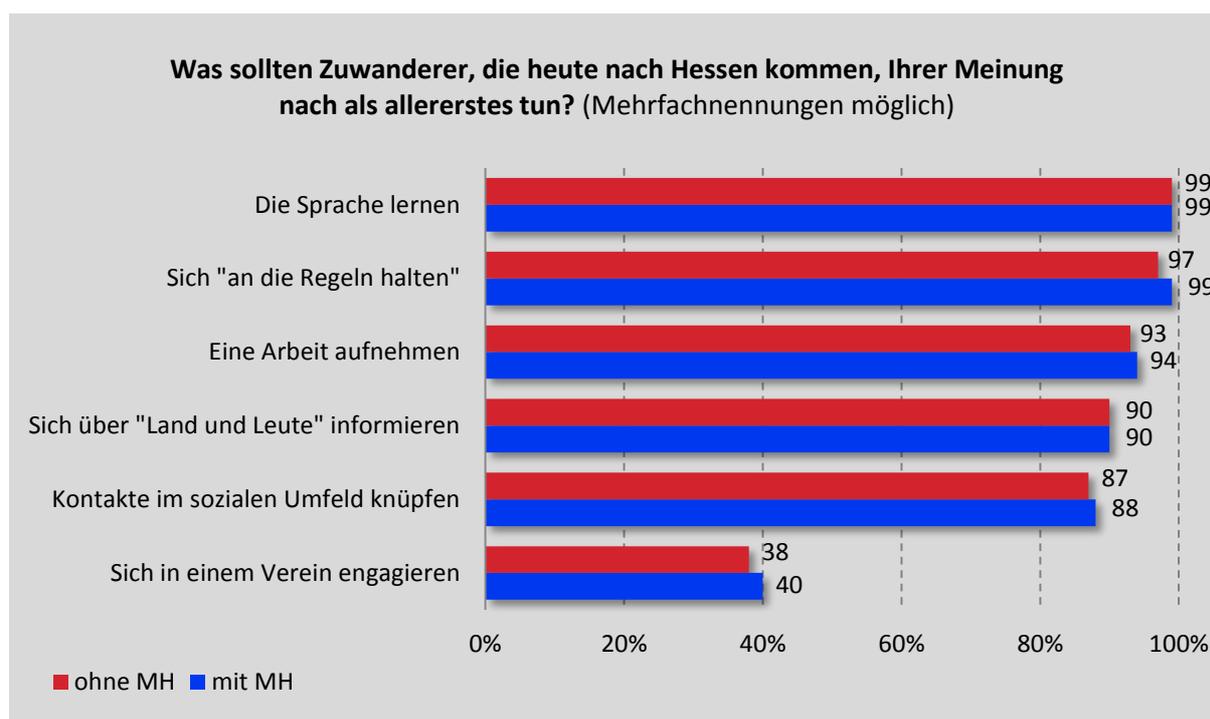


Abbildung 16: Erforderliche Integrationsbemühungen von Zuwanderern aus Sicht der hessischen Bevölkerung – Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich)

In der politischen und wissenschaftlichen Diskussion wird die Bedeutung von gemeinnützigen Organisationen für die Integration hervorgehoben. Allerdings stimmen in der Untersuchung nur 39% der Befragten der Forderung zu, Zuwanderer sollten sich in einem Verein engagieren. Die Unterschiede in der Einschätzung nach Migrationshintergrund sind gering: 40% der Befragten mit Migrationshintergrund äußern Zustimmung, unter denen mit eigener Migrationserfahrung sind es 44%. Personen ohne Migrationshintergrund bejahen dies nur zu

38%. Frauen schätzen dieses Engagement als wichtiger ein als Männer (42% vs. 35%). Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich auch zwischen Alter und Zustimmung: Während ein Engagement im Verein nur 20% der unter 30jährigen für wichtig halten, sind es in der Altersgruppe der 40jährigen 34% und von den über 60jährigen 58%. Personen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen schätzen die Tätigkeiten in einem Verein als relevanter ein als jene mit höherer Bildung: 43% derjenigen mit Hauptschulabschluss finden diese Art von Engagement wichtig, aber nur 36% der Personen mit Fachhochschulreife oder Abitur und 29% derer mit Studienabschluss. Nichtberufstätige halten die Betätigung im Verein für deutlich wichtiger als Berufstätige (49% vs. 31%).

## 5.9 Interkulturelle Öffnung

„Interkulturelle Öffnung“ ist ein wesentlicher Aspekt des hessischen Bekenntnisses zur Vielfalt. Das primäre Ziel der interkulturellen Öffnung ist die Schaffung gleichberechtigter Zugangschancen zu Angeboten, Strukturen und Entscheidungsprozessen des öffentlichen Lebens, insbesondere der öffentlichen Verwaltung. In der einschlägigen Literatur wird die interkulturelle Öffnung als „ein bewusst gestalteter Prozess“ definiert, „der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht“ (Schröder 2007: 2). Er soll dadurch zu einem Abbau von Barrieren und Abgrenzungsmechanismen führen und eine verstärkte Anerkennung und Wertschätzung der Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ermöglichen.

Die Hessische Landesregierung hat sich vorgenommen, verstärkt Personen mit Migrationshintergrund für den Landesdienst anzuwerben. Gegenwärtig wird eine freiwillige, anonyme Befragung unter den Neueingestellten durchgeführt, mit der unter anderem festgestellt werden soll, wie hoch der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in dieser Gruppe ist. Ein weiteres Ziel ist, herauszufinden, über welche Kanäle und Medien die Neueingestellten zu ihrem neuen Arbeitgeber gefunden haben. Die für Anfang 2015 erwarteten Ergebnisse können genutzt werden, um weitere Schritte im Rahmen der interkulturellen Öffnung der Verwaltung zu planen. Die hessische Polizei erhebt seit 2009 jährlich bei ihrer Befragung zur Studien- und Berufsmotivation der Studienanfänger den Migrationshintergrund der Kommis-saranwärter.<sup>30</sup> Die Rücklaufquoten dieser Befragung auf Basis einer freiwilligen und anonymen Totalerhebung sind hervorragend, und die Ergebnisse lassen Rückschlüsse über erfolgreiche Rekrutierungsmaßnahmen zu.

In der vorliegenden Untersuchung sollte die Einstellung der hessischen Bevölkerung zu einem verstärkten Einsatz von Zuwanderern<sup>31</sup> in verschiedenen Arbeitsfeldern in und außerhalb des Öffentlichen Dienstes ermittelt werden. Die Frage war wie folgt formuliert: „Sollten Zuwanderer Ihrer Meinung nach stärker in folgenden Bereichen arbeiten? ... als Erzieher

---

<sup>30</sup> Seit 2011 wird diese Befragung durch den Zentralen Polizeipsychologischen Dienst der Hessischen Polizei durchgeführt.

<sup>31</sup> In Abweichung zur Zielsetzung der hessischen Landesregierung, die ihre Bemühungen auf die Zielgruppe „Personen mit Migrationshintergrund“ bezieht und diese somit weiter fasst.

und Lehrer, in der Polizei, in Ämtern, z.B. bei Stadtverwaltungen, in der Politik, in den Medien (z.B. bei Zeitungen oder beim Fernsehen), in Gewerkschaften, in karitativen Einrichtungen“, wobei die Reihenfolge der Antwortvorgaben wieder variierte. Die Befragten sollten „ja“ oder „nein“ äußern.<sup>32</sup>

Dabei wurden je nach Arbeitsbereich recht unterschiedliche Ergebnisse erzielt: Am häufigsten (86%) äußert die Bevölkerung Zustimmung zu einem höheren Beschäftigtenanteil bei karitativen Einrichtungen, in Kindergärten und Schulen (78%), in den Medien (75%), gefolgt von Gewerkschaften (68%), der Polizei sowie Ämtern (jeweils 66%) und der Politik (60%).

Das Antwortverhalten bei dieser Frage zeigt leichte Unterschiede nach Migrationshintergrund. Generell messen Personen mit Migrationshintergrund der Idee, dass Zuwanderer in sämtlichen genannten Bereichen stärker vertreten sein sollen, größere Bedeutung bei (s. Abbildung 17).<sup>33</sup> Dies gilt gerade für Kindergärten und Schulen (83% vs. 76% bei Befragten ohne Migrationshintergrund), Gewerkschaften (78% vs. 64%), der Polizei (74% vs. 63%), bei Ämtern (72% vs. 63%), aber auch in der Politik (65% vs. 57%).<sup>34</sup>

Unterschiede lassen sich auch nach anderen demographischen Merkmalen beobachten: Frauen befürworteten noch stärker die Einstellung von Zuwanderern in Kindergärten und Schulen (zu 82% vs. 74% bei männlichen Befragten). Ältere Menschen finden den Einsatz in karitativen Einrichtungen besonders wichtig (zu 91% vs. 82% bei unter 30jährigen), jüngere Personen sehen mehr Ausbaupotenziale bei Gewerkschaften (76%), Ämtern und der Polizei (je 70%). Akademiker befürworteten alle genannten Arbeitsbereiche etwas häufiger, bis auf den Punkt „karitative Einrichtungen“.

---

<sup>32</sup> Für das Integrationsbarometer des Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014a: 32ff.) wurde eine ähnliche Frage, allerdings bezogen auf Berufsgruppen und mit detaillierten Antwortvorgaben, gestellt.

<sup>33</sup> Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014b: 22) hebt hervor, dass sich bei seiner Erhebung „Personen der zweiten Zuwanderergeneration (...) in ihrer Bewertung von Befragten der ersten Zuwanderergeneration“ unterschieden hätten: „So sehen Befragte mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, in allen aufgeführten Berufszweigen teilweise deutlich stärkeren Bedarf für interkulturelle Öffnung.“ Im Rahmen der vorliegenden Studie ließ sich dieser Effekt nicht präzise überprüfen.

<sup>34</sup> Hier zeigen sich einige Übereinstimmungen, aber durchaus auch Abweichungen zu den Ergebnissen der repräsentativen Bevölkerungsumfrage durch TNS Emnid; genauer ebda (2012: 11).

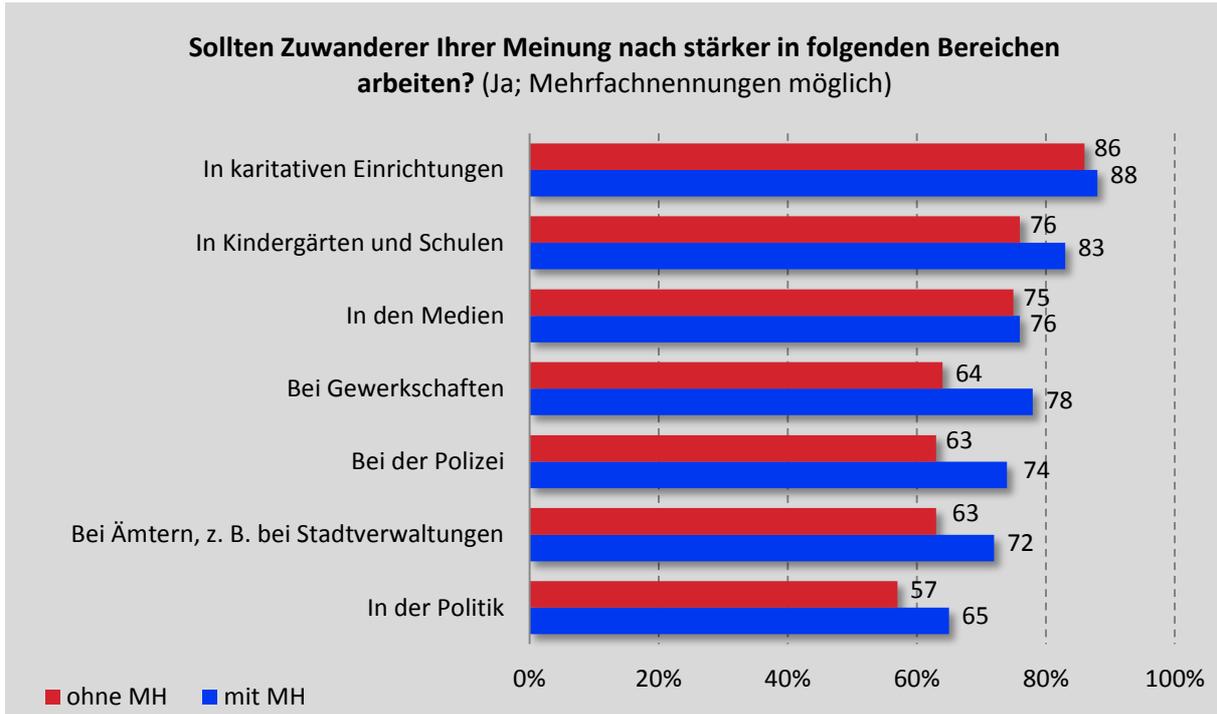


Abbildung 17: Notwendigkeit einer Verstärkung der interkulturellen Öffnung in verschiedenen Arbeitsbereichen – Einschätzung nach Migrationshintergrund (Mehrfachnennungen möglich)

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration führte dankenswerterweise eine Sonderauswertung einzelner Fragen des Integrationsbarometers für Hessen durch. Die Frage ob in verschiedenen Berufsgruppen mehr Zuwanderer eingestellt werden sollten“, ergab etwas höhere Zustimmungswerte: 88% der Befragten mit Migrationshintergrund und 81% derjenigen ohne Migrationshintergrund befürworteten, dass öfter Zuwanderer als Lehrer eingestellt werden sollten. Mehr Zuwanderer als Polizisten forderten 83% der Befragten mit Migrationshintergrund und 76% ohne Migrationshintergrund. Der Aussage „Mehr Zuwanderer sollten als Mitarbeiter auf Ämtern und Behörden eingestellt werden.“ stimmten 89% der Befragten mit Migrationshintergrund sowie 82% der Befragten ohne diesen Hintergrund zu.

## 5.10 Migrationshintergrund im Freundes- und Verwandtenkreis

Kontakte zwischen der Aufnahmegesellschaft und der zugewanderten Bevölkerung können die Integration fördern, da sie die Möglichkeit bieten, Verständnis beider Gruppen füreinander herzustellen, und helfen können, Vorurteile abzubauen. Neben Kontakten am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum spielen private Kontakte eine besondere Rolle beim Prozess des Aufeinanderzubewegens. Da der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung ein Viertel beträgt, ist davon auszugehen, dass in weiten Teilen der Gesellschaft starke Verflechtungen mit Zugewanderten bestehen.

Um auch die Kontakte der zugewanderten Bevölkerung und ihre Offenheit gegenüber anderen Herkunftsgruppen zu erheben, war die Frage wie folgt formuliert: „Haben Sie Freunde

oder Verwandte, die aus einem anderen Land als Sie selbst stammen?“<sup>35</sup> Es wurde also nicht nach einer Meinung, sondern nach tatsächlich bestehenden Kontakten gefragt.

79% der Befragten bejahen die Frage. Generell haben Personen ohne Migrationshintergrund etwas seltener Freunde oder Verwandte, die aus einem anderen Land stammen, als Personen mit Migrationshintergrund (76% vs. 87%).

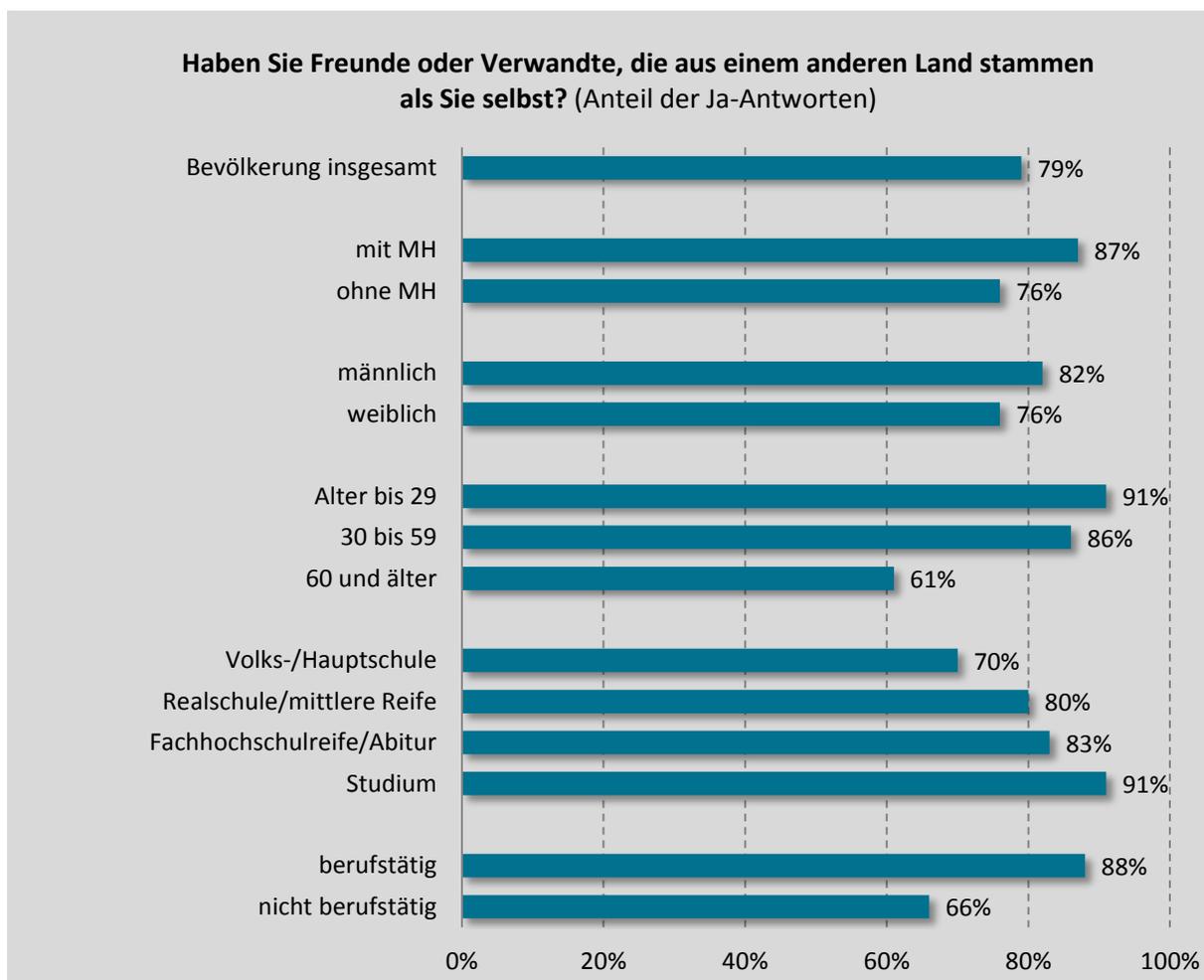


Abbildung 18: Freunde/Verwandte aus einem anderen Land – Angaben nach soziodemographischen Merkmalen

Männer (82%) haben eher als Frauen (76%) Freunde oder Verwandte aus einem anderen Land. Die Antworten variieren sehr stark nach Alter und Bildungsstand. So haben 91% der unter 30jährigen Freunde oder Verwandte, die aus einem anderen Land stammen als sie selbst, gegenüber 61% der über 60jährigen (s. Abbildung 18). Personen mit Studienabschluss bejahen die Frage zu 91%, Personen mit Volks- oder Hauptschulabschluss zu 70%. Mit Ausnahme der kleinen Ortschaften (BIK Größenklasse bis unter 20.000 Einwohnern), wo

<sup>35</sup> Der Hessische Integrationsmonitor verwendet dagegen die Frage des Sozioökonomischen Panels, die nur Ausländern gestellt wird: „Haben Sie in den letzten 12 Monaten Personen deutscher Herkunft in deren Wohnung besucht? – Wurden Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrer eigenen Wohnung ... von Personen deutscher Herkunft besucht?“ (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a: 100).

der Anteil der Zustimmenden 72% beträgt, liegt er in den anderen Wohnortgrößen um die 80%. Berufstätige geben öfter als Nichtberufstätige an, Freunde oder Verwandte aus einem anderen Land zu haben (88% vs. 66%). Befragte mit höherem Einkommen haben gleichfalls häufiger Personen aus einem anderen Land in ihrem Freundes- oder Verwandtenkreis (67% in der Einkommensklasse bis 1000 EUR, aber 85% in der Einkommensklasse 3000 EUR und mehr).

## 5.11 Gefühl der Verbundenheit mit Deutschland bzw. Herkunftsland

Die letzte Frage diente nicht der Erhebung von Meinungen, sondern der Erfassung eines Gefühls: der eigenen Identität. Die identifikatorische Dimension der Integration beschreibt die emotionale Bindung an Aufnahmeland und -gesellschaft und kann als wesentlicher Bestandteil gelungener Integration angesehen werden (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013a: 120) – auch von der sog. zweiten Generation. Die Frage, die bereits in den „Meinungsbildern 2011“ gestellt worden war (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011: 43ff.), lautete: „Wenn Sie an Ihre Verbundenheit denken: Was würden Sie sagen, fühlen Sie sich...? ... nur mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden oder ... eher mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden, oder ... eher mit Deutschland verbunden, oder ... nur mit Deutschland verbunden, oder ... mit beiden Ländern etwa gleich verbunden?“ Diese Frage wurde nur den 279 Untersuchungsteilnehmern mit Migrationshintergrund gestellt, von denen 149 selbst zugewandert sind.<sup>36</sup>

Dabei zeigt sich eine starke Verbundenheit mit Deutschland, ohne dabei die emotionale Bindung an das Herkunftsland bzw. das Herkunftsland der Eltern aufzugeben: die Hälfte der Befragten (51%) ist Deutschland und dem Herkunftsland in etwa gleich verbunden, 32% fühlen sich „nur“ und 13% fühlen sich „eher mit Deutschland verbunden“. 4% spüren eine stärkere Verbundenheit mit dem eigenen Herkunftsland bzw. dem ihrer Eltern und kein Befragter fühlt sich nur mit diesem Land verbunden (s. Abbildung 19).

---

<sup>36</sup> Hier ist der Vergleich mit dem Integrationsbarometer 2009 interessant, das ebenfalls die Identifikation mit Deutschland erfragt, aber nach Eingebürgerten und Ausländern sowie ihrer Herkunft (EU/Drittstaaten) differenziert (Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013: 117f.). Zur Frage der Identifikation s. auch die aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Brücker et al. 2014: 31f.).

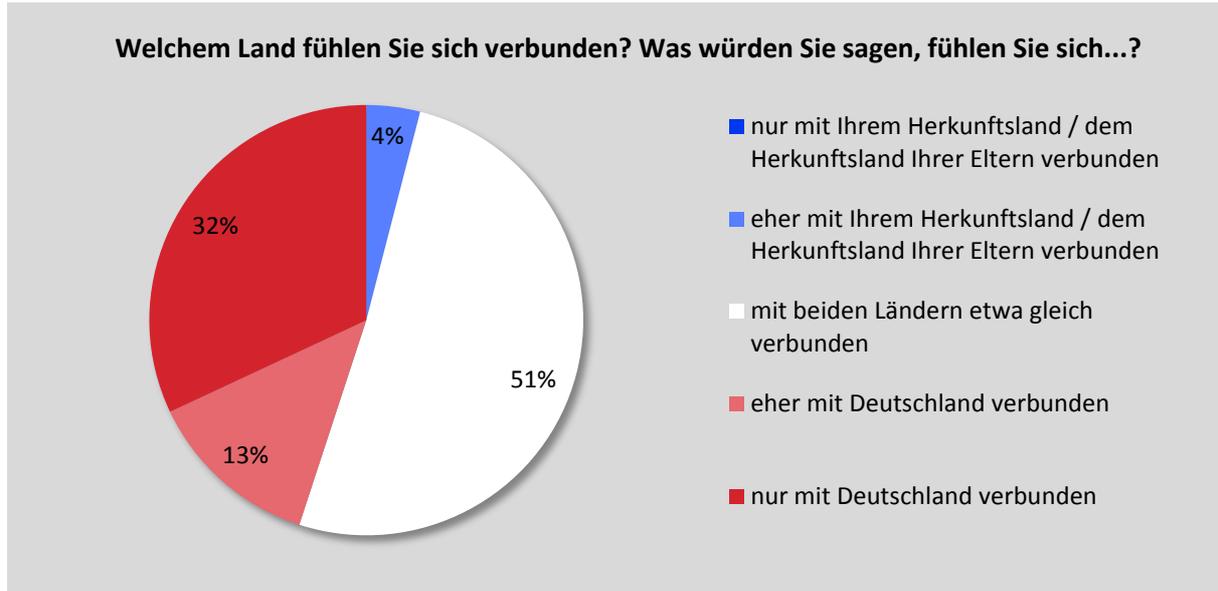


Abbildung 19: Verbundenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit dem Herkunftsland und Deutschland

Es sind etwas mehr Frauen als Männer, die eine ausschließliche Verbundenheit zu Deutschland spüren (35% vs. 29%). Außerdem nimmt die Verbundenheit tendenziell mit steigendem Alter zu (bis 29 Jahre 21%, bei der Gruppe 60+: 57%; vgl. Abbildung 19), was möglicherweise bei den selbst Zugewanderten auf eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland zurückzuführen ist.<sup>37</sup>

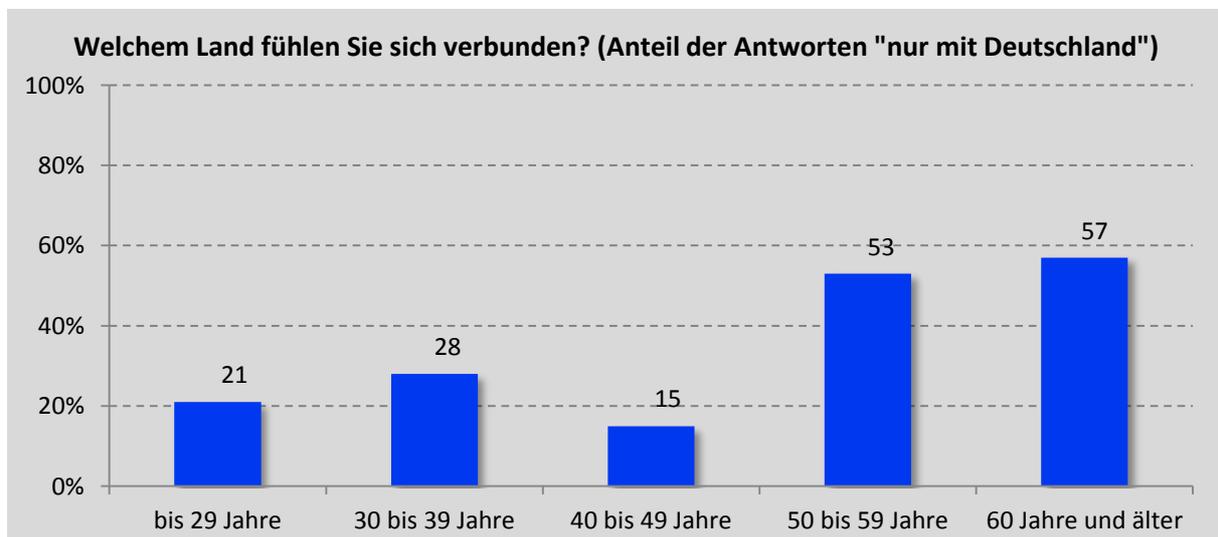


Abbildung 20: Ausschließliche Verbundenheit mit Deutschland von Personen mit Migrationshintergrund - Angaben nach Altersgruppen

<sup>37</sup> So kommt auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung anhand der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe zu dem Schluss, dass Integration „Zeit brauche“. (Brücker et al. 2014: 31).

Gegenüber dem Jahr 2011 zeigt sich eine interessante Entwicklung (s. Abbildung 21): Der Anteil derjenigen, die sich „mit beiden Ländern etwa gleich verbunden“ fühlen, ist von 39% auf 51% gestiegen. Ähnlich zugenommen - nämlich von 22% auf 32% - hat der Anteil derjenigen, die eine Verbundenheit „nur mit Deutschland“ spüren. Dagegen fühlen sich deutlich weniger Befragte „eher mit Deutschland verbunden“ (Rückgang von 30% auf 13%). Die Größe der Gruppe, die eine stärkere emotionale Bindung zu ihrem Herkunftsland bzw. das ihrer Eltern empfindet, hat leicht abgenommen von 6% auf 4%.

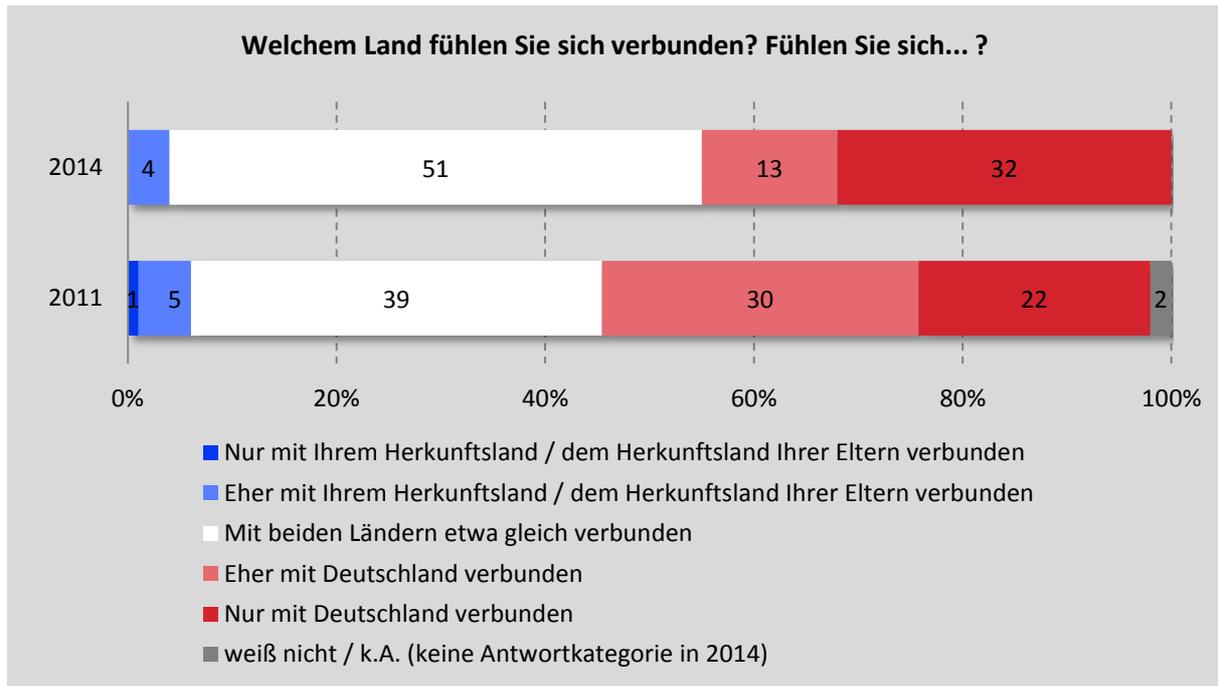


Abbildung 21: Verbundenheit der Personen mit Migrationshintergrund mit dem Herkunftsland und Deutschland – 2011 und 2014 im Vergleich

0%

172.623

## 6 LITERATUR UND ANHANG



## Literatur

- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2007):** Migration und demographischer Wandel. Forschungsbericht 5. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013a):** Willkommens- und Anerkennungskultur. Handlungsempfehlungen und Praxisbeispiele. Abschlussbericht Runder Tisch „Aufnahmegesellschaft“. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013b):** Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen. Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 53. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013c):** Warum Deutschland? Einflussfaktoren bei der Zielstaatsuche von Asylbewerbern. Ergebnisse einer Expertenbefragung. Forschungsbericht 19. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014a):** Die Integration von zugewanderten Ehegattinnen und Ehegatten in Deutschland. BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013, Forschungsbericht 22. Nürnberg.
- BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014b):** Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Forschungsbericht 14. Nürnberg.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014):** Zehnter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Bergenberg/HWWI – Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (2014):** Arbeitskräftemobilität. Macht der Euro mobil? Hamburg.
- Berlin-Institut (2014):** Neue Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin.
- BIBB – Bundesinstitut für Berufsbildung (2014):** Trotz erhöhter Zuwanderung droht Fachkräfteengpass. BIBB und IAB legen neue Arbeitsmarktprojektionen vor. Pressemitteilung 07 vom 7.3.
- BIK – Aschpurwis + Behrens GmbH (2001):** BIK-Regionen. Ballungsräume, Stadtzentren, Mittel-/Unterzentrengebiete. Methodenbeschreibung zur Aktualisierung. Hamburg. <http://www.bik-gmbh.de/texte/BIK-Regionen2000.pdf>.
- BIK – Aschpurwis + Behrens GmbH (o.J., o.O.):** BIK-Regionen. 802er Systematik. [http://www.bik-gmbh.de/texte/Methode\\_BIKRegionen802.pdf](http://www.bik-gmbh.de/texte/Methode_BIKRegionen802.pdf)
- BMI – Bundesministerium des Innern (2011):** Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern (2013):** Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung. Berlin.
- BMI – Bundesministerium des Innern/ BAMF - Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2013):** Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung 2011. Berlin u.a.
- Bonin, Holger (2014):** Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Studie im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung, Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim.
- Bortz, Jürgen/Döring, Nicola (2006):** Forschungsmethoden und Evaluation für Human- und Sozialwissenschaftler. 4. Aufl., Heidelberg u.a.
- Brenke, Karl/Neubecker, Nina (2013):** Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich. DIW Wochenbericht 49. Berlin.
- Brücker, Herbert (2012):** The Labor Market Impact of Immigration and its Policy Consequences. MPC – Migration Policy Centre Research Report, Analytical and Synthetic Note 04. Florence.
- Brücker, Herbert (2013):** Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Hrsg. von der Bertelsmann-Stiftung, o.O.
- Brücker, Herbert/Bartsch, Simone/Eisnecker, Philipp/Kroh, Martin/Liebau, Elisabeth/Romiti, Agnese/Schupp, Jürgen/Trübswetter, Parvati/Tucci, Ingrid/Vallizadeh, Ehsan (2014):** Auf dem Weg nach Deutschland: Neue Muster der Migration. IAB-Kurzbericht 21. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Brunow, Stephan/Fuchs, Johann/Kubis, Alexander/Mendolicchio, Concetta/Weber, Enzo (2013):** Fachkräftebedarf in Deutschland. Zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und -nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. IAB-Stellungnahme 1. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Jahn, Elke (2010):** Arbeitsmarktwirkungen der Migration: Einheimische Arbeitskräfte gewinnen durch Zuwanderung. IAB-Kurzbericht 26. Nürnberg.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2011):** Fachkräftesicherung: Ziele und Maßnahmen der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2014):** Zwischenbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“. Bonn.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014):** Fachkräfteengpässe in Unternehmen. In vielen Berufsgattungen bestehen seit Längerem Engpässe. Berlin.
- Bundesregierung (2011):** Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2012):** „frauen leben – Familienplanung und Migration im Lebenslauf“. Dokumentation der wissenschaftlichen Abschlussstagung. Köln.
- Deutscher Bundestag (2014):** Bundestagsdrucksache (18/2366): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Özcan Mutlu, Luise Amtsberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 18/2244 -: Konsequenzen aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse beim Ehegattennachzug. 19. August. Berlin.
- Diekmann, Andreas (1997):** Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 3. Aufl., Reinbek bei Hamburg.

- Ette, Andreas/Mundil-Schwarz, Rabea/Sauer, Lenore/Sulak, Harun (2013):** Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, 34 Jg., Nr. 2, S. 2-11.
- Fachkräftekommission Hessen (2012):** Abschlussbericht. Wiesbaden.
- Gathmann, Christina/Keller, Nicolas/Monscheuer, Ole (2014):** Zuwanderung als Chance für Deutschland. In: Wirtschaftsdienst 3, S. 159-164.
- Geis, Wido (2012):** Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung. In: IW-Trends, 39. Jg., Nr. 2, S. 85-98.
- Geis, Wido/Kemeny, Felicitas (2014):** 12 gute Gründe für Zuwanderung. IW policy paper 2. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Heidemann, Winfried (2012):** Zukünftiger Qualifikations- und Fachkräftebedarf. Handlungsfelder und Handlungsmöglichkeiten. Düsseldorf.
- Helfferich, Cornelia/Klindworth, Heike (2010):** Fertilitätsverhalten, Bildung und Migration: Zugewanderte Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund. Präsentation gehalten auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie, März. Rostock.
- HessenAgentur (2014):** Beitrag von Wanderungen zur Abmilderung der Fachkräfteknappheit. Analyse der Wanderungsbewegungen in Hessen und seinen Regionen von 2000 bis 2012. Report Nr. 866. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010):** Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011):** Meinungsbilder. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012):** Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013a):** Der Hessische Integrationsmonitor 2013. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b):** Wie hast du's mit der Religion? Eine repräsentative Umfrage zu Religionszugehörigkeit und Religiosität in Hessen 2013. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung/Hessisches Sozialministerium (2013):** Gesamtkonzept Fachkräftesicherung Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2013a):** Bevölkerung Hessens nach Alter und Geschlecht. <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bevoelkerung-gebiet/landesdaten/bevoelkerung-allgemein/bevoelkerung-nach-altersgruppen-und-geschlecht/>
- Hessisches Statistisches Landesamt (2013b):** Zensus 2011 – Gemeindeblätter Bevölkerung, Land Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014a):** Bevölkerungszahl in Hessen 2013 auf 6,045 Millionen gestiegen – Mehr Zuwanderungen aus dem Ausland, vor allem aus der EU. Pressemitteilung 208 vom 3. September. [http://www.statistik-hessen.de/PresseWeb/pm\\_692.html](http://www.statistik-hessen.de/PresseWeb/pm_692.html)
- Hessisches Statistisches Landesamt (2014b):** Privathaushalte in Hessen nach der Haushaltsgröße. <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/haushalte-familien/landesdaten/haushalte-familien-mikrozensus/privathaushalte-in-hessen-nach-der-haushaltsgroesse/>
- Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung (2011):** Vom Anwerbestopp zur Gewinnung von Fachkräften. Bessere Bildungs- und Erwerbschancen schaffen – Zuwanderung gezielt steuern. Abschlussbericht. Berlin.
- Kelle, Udo (2008):** Die Integration qualitativer und quantitativer Methoden in der empirischen Sozialforschung. Theoretische Grundlagen und methodologische Konzepte. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Kober, Ulrich/Süssmuth, Rita (2012):** Nachholbedarf: Vom Einwanderungsland wider Willen zu einem Land mit Willkommenskultur. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Deutschland, öffne dich! Willkommenskultur und Vielfalt in der Mitte der Gesellschaft verankern. Bielefeld.
- Lamnek, Siegfried (2010):** Qualitative Sozialforschung. 5., überarbeitete Aufl., Weinheim u.a.
- Märker, Frank/Wilkens, Ingrid (2014):** Zuwanderung, Integration und Beschäftigung – die aktuelle Debatte. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 196 – 204.
- Maier, Tobias/Zika, Gerd/Wolter, Marc Ingo/Kalinowski, Michael/Helmrich, Robert (2014):** Engpässe im mittleren Qualifikationsbereich trotz erhöhter Zuwanderung. Aktuelle Ergebnisse der BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen bis zum Jahr 2030 unter Berücksichtigung von Lohnentwicklungen und beruflicher Flexibilität. BIBB Report 23. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn.
- McKinsey Deutschland (2011):** Wettbewerbsfaktor Fachkräfte. Strategien für Deutschlands Unternehmen. Berlin.
- Neubecker, Nana/Fratzsch, Marcel/Linckh, Carolin (2014):** Migration in der Europäischen Union. In: DIW Wochenbericht Nr. 30, S. 711-722.
- OECD – Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013):** Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte: Deutschland. Paris.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2012):** Die zwei Seiten staatlicher Fachkräftepolitik: Verringerung dauerhafter Abwanderung und Förderung qualifizierter Zuwanderung. Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013):** Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014a):** Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014b):** Kulturelle Vielfalt in der Schule, interkulturelle Öffnung der Verwaltung und Diskriminierungseinschätzungen in Berlin. Unveröffentlichte Sonderauswertung des Forschungsbereichs beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration anhand von Daten des SVR-Integrationsbarometers 2014. Berlin.

- Schröer, Hubertus (2007):** Interkulturelle Öffnung. Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Schwenn, Kerstin (2014):** Migrations-Studie: Einwanderung nach Deutschland zahlt sich aus. FAZ.NET vom 17.10.
- Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2012):** Zuwanderung nach Deutschland: Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht 21. Nürnberg.
- Statistisches Bundesamt (2008):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Fachserie 1, Reihe 2.2: Migration in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2012):** Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2014):** Höchste Zuwanderung nach Deutschland seit 20 Jahren. Pressemitteilung Nr. 179 vom 22.5
- TNS Emnid (2012):** Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. Umfrage im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- Wisdorff, Flora (2014):** Fachkräftemangel schlägt anders zu als gedacht. Im sogenannten MINT-Bereich fehlen künftig vor allem Bewerber mit beruflichem Abschluss. In: Die Welt vom 27.5.
- Wittwer, Rico (2008):** Raumstrukturelle Einflüsse auf das Verkehrsverhalten – Nutzbarkeit der Ergebnisse großräumiger und lokaler Haushaltsbefragungen für makroskopische Verkehrsplanungsprozesse. Dresden. [http://tu-dresden.de/die\\_tu\\_dresden/fakultaeten/vkw/ivs/ivp/Downloads/Heft-11.pdf](http://tu-dresden.de/die_tu_dresden/fakultaeten/vkw/ivs/ivp/Downloads/Heft-11.pdf).

## Anhang: Fragebogen

MB = aus dem Fragebogen „Meinungsbilder 2011“

### Einwanderungsland

**1. In der öffentlichen Diskussion wird Deutschland häufig als „Einwanderungsland“ bezeichnet. Ist diese Bezeichnung Ihrer Meinung nach zutreffend?**

1. ja, Deutschland war schon immer ein Einwanderungsland
2. ja, Deutschland ist seit einigen Jahren ein Einwanderungsland
3. nein, Deutschland ist kein Einwanderungsland

### Folgen von Zuwanderung

**2. Wir haben einige Aussagen zu den möglichen Folgen von Zuwanderung zusammengetragen. Wie ist Ihre Meinung dazu: Stimmen Sie den folgenden Aussagen zu oder nicht? [Antwortvorgaben randomisieren]**

1. Zuwanderung bremst die Überalterung der Gesellschaft [ja/nein]
2. Zuwanderung belastet den Arbeitsmarkt [ja/nein]
3. Zuwanderung bereichert das gesellschaftliche Zusammenleben [ja/nein]
4. Zuwanderung führt zu gesellschaftlichen Konflikten [ja/nein]
5. Zuwanderung ist wichtig für den Wirtschaftsstandort Deutschland [ja/nein]
6. Zuwanderung belastet die Staatskasse [ja/nein]

### Fachkräfteengpässe (MB)

**3. Inwieweit stimmen Sie dieser Aussage zu? „Deutschland und auch Hessen brauchen mehr Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland.“**

1. stimme voll zu
2. stimme eher zu
3. stimme eher nicht zu
4. stimme überhaupt nicht zu

### Zuwanderungsmotive

**4. Was meinen Sie: Was ist der häufigste Grund für Zuwanderung nach Hessen?**

1. Arbeit
2. Familie
3. Studium
4. Asyl
5. Sozialleistungen

### Zuwanderungsregelungen (MB)

**5. Wie sollte Zuwanderung nach Deutschland gestaltet sein? Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach ...?**

1. ... uneingeschränkt zuwandern zulassen
2. ... vorwiegend leistungsstarke Zuwanderer berücksichtigen
3. ... vorwiegend Zuwanderer aus sozialen Gründen berücksichtigen
4. ... Zuwanderung gar nicht zulassen

### Kriterien der Zuwanderung

**6. Welche Kriterien sollten Ihrer Meinung nach bei der Steuerung der Zuwanderung eine Rolle spielen? [Antwortvorgaben randomisieren]**

1. Alter [ja/nein]
2. berufliche Qualifikation [ja/nein]
3. deutsche Sprachkenntnisse [ja/nein]
4. Herkunftsland [ja/nein]
5. Familie in Deutschland [ja/nein]
6. Verfolgung [ja/nein]

### Integrationsbemühungen (MB)

**7. Tut Ihrer Meinung nach die hessische Gesellschaft genug dafür, Zuwanderer erfolgreich zu integrieren?**

1. ja
2. eher ja
3. eher nein
4. nein

**8. Und umgekehrt: Wird Ihrer Meinung nach von Seiten der Zugewanderten selbst genug getan, um sich erfolgreich zu integrieren?**

1. ja
2. eher ja
3. eher nein
4. nein

Nachweis von Sprachkenntnissen

**9. Sollen Zuwanderer Ihrer Meinung nach grundsätzlich verpflichtet sein, bereits vor der Einreise deutsche Sprachkenntnisse nachzuweisen?**

1. ja
2. eher ja
3. eher nein
4. nein

Erforderliche Integrationsbemühungen

**10. Was sollten Zuwanderer, die heute nach Hessen kommen, Ihrer Meinung nach als allererstes tun:**  
[Antwortvorgaben randomisieren]

1. die Sprache lernen [ja/nein]
2. Kontakte im sozialen Umfeld knüpfen [ja/nein]
3. eine Arbeit aufnehmen [ja/nein]
4. sich über „Land und Leute“ informieren [ja/nein]
5. sich in einem Verein engagieren [ja/nein]
6. sich „an die Regeln halten“ [ja/nein]

**11. Was sollten umgekehrt Menschen, die seit langem in Hessen leben, tun, um die Integration der Neuzuwanderer zu fördern?** [Antwortvorgaben randomisieren]

1. im näheren Umfeld erste Unterstützung im Alltag anbieten [ja/nein]
2. Kontakte im sozialen Umfeld ermöglichen [ja/nein]
3. sich über „Land und Leute“ informieren [ja/nein]
4. sich ehrenamtlich engagieren [ja/nein]
5. Kindern und Eltern beim Deutschlernen helfen [ja/nein]

Interkulturelle Öffnung (angelehnt an Bertelsmann/TNS Emnid)

**12. Sollten Zuwanderer Ihrer Meinung nach stärker in folgenden Bereichen arbeiten?** [Antwortvorgaben randomisieren]

1. in Kindergärten und Schulen [ja/nein]
2. bei der Polizei [ja/nein]
3. bei Ämtern, zum Beispiel bei Stadtverwaltungen [ja/nein]
4. in der Politik [ja/nein]
5. in den Medien, zum Beispiel bei Zeitungen oder beim Fernsehen [ja/nein]
6. bei Gewerkschaften [ja/nein]
7. in karitativen Einrichtungen [ja/nein]

Freundes- und Verwandtenkreis

**13. Haben Sie Freunde oder Verwandte, die aus einem anderen Land stammen als Sie selbst?**

1. ja
2. nein

Migrationshintergrund/-erfahrung

**14. Sind Sie selbst nach Deutschland zugewandert oder mindestens einer Ihrer Elternteile?** (Mehrfachnennungen möglich)

1. ja, ich selbst
2. ja, mein Vater und/oder meine Mutter
3. nein, weder noch

Verbundenheit mit Deutschland (Filter: falls MH vorhanden) (MB)

**15. Welchem Land fühlen Sie sich verbunden? Was würden Sie sagen, fühlen Sie sich...?**

1. ... nur mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden oder
2. .... eher mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden oder
3. ... eher mit Deutschland verbunden oder
4. ... nur mit Deutschland verbunden oder
5. ... mit beiden Ländern etwa gleich verbunden?

## Impressum

### Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Dostojewskistraße 4  
 D - 65187 Wiesbaden  
 Telefon +49 (0) 611 817-0  
 Integration@hsm.hessen.de  
 www.hsm.hessen.de  
 www.integrationskompass.de

### Abteilung VI – Integration

Dr. Walter Kindermann (walter.kindermann@hsm.hessen.de)

### Referat 5 – Integrationsforschung, Monitoring

Dr. Ingrid Wilkens (ingrid.wilkens@hsm.hessen.de)  
 Gabriela Fuhr-Becker (gabriela.fuhr-becker@hsm.hessen.de)  
 Maja Waldmüller (maja.waldmueller@hsm.hessen.de)

### unter Mitarbeit von:

Florian Götsche  
 Frank Märker  
 Sabrina Sterzinger  
 Helena Falk  
 Lillith Stukenberg

### V.i.S.d.P.:

Esther Walter  
 Telefon +49 (0) 611 817-3494  
 esther.walter@hsm.hessen.de

### Wiesbaden, im Dezember 2014

#### Hinweis zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundstags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem/der Empfänger/in zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



HESSEN



**Hessisches Ministerium  
für Soziales und Integration**

Dostojewskistraße 4  
65187 Wiesbaden

[integration@hsm.hessen.de](mailto:integration@hsm.hessen.de)

[www.integrationskompass.de](http://www.integrationskompass.de)  
<https://soziales.hessen.de/>

